

Kamenener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Inzertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamengebühr oder deren Raum 25 Pfennig. 1888

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. 1888

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Mr. 9.

Donnerstag den 21. Januar 1909.

37. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Zu dem deutsch-liberianischen Zwischenfall

hat die Firma Boermann dem Hamburger Vertreter der „Köln. Ztg.“ folgende Auskunft erteilt: Der Dampfer „Marie Boermann“ der die liberische Küste bedient, wo die Firma C. Boermann zahlreiche Faktoreien hat, war in der fraglichen Nacht Mitte November 1908 auf der Fahrt nach Kap Palmas, als er einen Dampfer mit abgeblendeten Lichtern bemerkte, der sich ihm näherte, ohne ihn irgendwie anzusprechen. Bis schließlich flogen die Geschosse zweier scharfen Schiffe über den Boermanns Dampfer hinweg. Die Maschine stoppte, man rief den fremden Dampfer an, doch dieser war bereits verschwunden. Es handelte sich zweifellos um den liberischen Dampfer, der vom englischen Kapitän Bugge geführt, angeschafft ist, um den Schmuggel in den nicht offenen Häfen zu überwinden, woran selbstverständlich die Firma Boermann keinerlei Anteil hat. Die Firma hat den Vorgang als unpolitische Wichtigtuerei der Kreuzerbesatzung auf und legt ihm nur geringe Bedeutung bei. Immerhin ist Meldung an das Auswärtige Amt gemacht worden, das die Angelegenheit weiter verfolgen dürfte. Es ist noch erwähnenswert, daß der Zollkreuzer auch schon den Dampfer „Henriette Boermann“ mehrere Stunden angehalten und durch diesen Aufenthalt belästigt hatte. Die Boermannlinie legt übrigens Gewicht auf die Feststellung, daß von einer eigentlichen Beschädigung der „Marie Boermann“ im Sinne einer bewußt feindseligen Maßnahme Liberias keine Rede sein könne, da die Firma Boermann und die liberische Regierung bisher stets freundschaftlich ausgekommen seien. Das Schiff „ritt“ auch keinerlei Schaden durch die von der Besatzung des Zollkreuzers über den Dampfer hinweggeschossenen Schiffe.

Der deutsch-liberianische Zwischenfall ist bereits beigelegt, da die afrikanische Republik Liberia sich wegen der Belästigung der Boermannschen Dampfer entschuldigt hat.

Das österreichisch-türkische Uebereinkommen.

Die Times veröffentlicht einen Auszug aus dem „österreichisch-türkischen Uebereinkommen“, welches angeblich morgen in der Yeni Gazette erscheinen soll. Das Protokoll enthält neun Artikel und ist dem österreichischen Botschafter in Konstantinopel heute vorgelegt worden. Offenbar also kann die Zustimmung Österreichs zu diesen türkischen Vorschlägen noch nicht erfolgt sein. In Artikel 1 verzichtet Österreich auf alle Rechte und Privilegien im Sandschal Nubi Bazar, in Artikel 2, der sich mit den Nationalitäten des Bosnien befaßt, wird festgestellt, daß es innerhalb dieser Jahre nach Unterzeichnung dieses Protokolls allen Mohammedanern freistehen solle, nach irgendeinem Lande des Osmanischen Reiches auszuwandern. Artikel 3 sichert den Mohammedanern in Bosnien Religions- und Gewissensfreiheit; sie werden auf dieselbe Stufe mit allen anderen Bewohnern des Landes gestellt; in den Moscheen darf Feiertags ein Gebet für den „Kaisern“ gesprochen werden; mohammedanische Priester verbleiben nach wie vor unter der Autorität des Scheich ul Islam, der auch die Jemanz zu ernennen hat. Durch Artikel 4 verpflichtet sich die österreichisch-ungarische Regierung, vierzehn Tage nach Inkrafttreten des Uebereinkommens 2½ Millionen türkische Pfund in Gold für die verschiedenen türkischen Staatsleistungen in Bosnien und der Herzegovina an die Pforte zu zahlen. In Artikel 5 übernimmt es Österreich, einen Vertrag mit der Türkei auf später näher zu beschreibender Basis abzuschließen. Österreich erklärt auch seine Zustimmung dazu, daß vom ersten März ab die Einfuhrzölle der Türkei von 1. auf 15 Prozent ab oder mehr erhöht werden sollen, und daß der Handel in Petroleum, Zigaretten, Papier, Zündhölzer, Alkohol und Spielkarten ebenfalls zum Staatsmonopol erklärt werden darf. Durch Artikel 6 wird das österreichische Postamt im Osmanischen Reich abgeschafft. In Artikel 7 verpflichtet Österreich die Türkei seine Unterstützung für die Balkankonferenz der Mächte. Die letzten beiden Artikel werden nicht bekannt gemacht. Es verlaute, daß in dem einen Österreich auf sein Protektorat über die albanischen Nationalitäten verzichtet, während der andere sich mit Journalisten bezüglich der endlichen Übernahme Bosniens durch Österreich beschäftigt. Artikel 2, 3 und 7 enthalten ganz neue Forderungen der Türkei; trotzdem, meint der Konstanti-

nopeler Times-Korrespondent, dürfte Österreich keine Schwierigkeiten machen, sie zu akzeptieren.

Kriegsrat in Belgrad?

In Belgrad herrschte Montagabend große Aufregung und Beunruhigung wegen einer Reihe von auffallenden militärischen Maßnahmen, die der neue Kriegsminister getroffen hat. Er hat nämlich alle serbischen Divisions-Kommandanten durch dringende Telegramme nach Belgrad berufen und nachmittags trat im Beisein des Kronprinzen ein großer Kriegsrat zusammen. Die Beratung dauerte einige Stunden. Den Journalisten wurde jede Auskunft verweigert. Ferner hat der neue Kriegsminister die Beschleunigung aller militärischen Lieferungen angeordnet. Man weiß noch nicht, ob die militärischen Maßnahmen gegen Österreich-Ungarn gerichtet sind, oder ob sie dazu bestimmt sind, inneren Unruhen vorzubeugen.

Preussischer Gemeindebeamtentag.

Unter außerordentlich starker Teilnahme von Gemeindebeamten aus allen Teilen der Monarchie fand in Berlin ein außerordentlicher Preussischer Gemeindebeamtentag statt, der sich mit den Verordnungsverhältnissen der Gemeindebeamten beschäftigte. Etwa 4000 Gemeindebeamtenvertreter und Mitglieder des über 70 000 Beamte umfassenden Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preussens füllten den geräumigen Saal bis auf den letzten Platz. Hunderte mußten in den Gängen stehend den Verhandlungen folgen. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung, die dienstlichen Anforderungen an die Gemeindebeamten, ihre Pflichten und Rechte, referierte Oberstadtschreiber Preußen (Mülheim a. Rh.), der die Gemeinde als ein Abbild des Staates bezeichnete und die zahlreichen und wichtigen Pflichten der Gemeindebeamten hervorhob. In kleinen Städten ruhe die ganze Armenverwaltung meist in den Händen der Stadtschreiber. Die Polizei müsse leiten und leiste mindestens daselbst wie die königliche Polizei. Redner weist dann ferner auf die Pflichten der Gemeindebeamten bei den Ständesitzungen, beim Militärverjauchwesen, bei der Wahl von Geschworenen und Schöffen und bei der Steuererschätzung hin, bei der Gemeindebeamte gewisse Aufgaben des Staates habe. Alle diese Pflichten, die nur einen kleinen Teil der Gesamtpflichten der Gemeindebeamten bilden, würden für staatliche Zwecke gefordert. Die Pflichten der Gemeindebeamten wichen im allgemeinen wenig oder gar nicht von denen des Staates ab. Wie sieht es aber mit den Rechten der Gemeindebeamten aus? Im allgemeinen bestünde ein Zustand der Rechtlosigkeit. Tausende von Gemeindebeamten entbehrten heute noch der Rechte des mäßig erringenden Kommunalbeamtenbezuges. Die Gehaltsverhältnisse seien vielfach traurige. Auch die Gemeinden haben in bezug auf ihre Beamten soziale Pflichten. Die preussischen Gemeindebeamten wollen nicht die Schicksale der sozialen und geistlichen Fürsorge sein. Nur ein zufriedener Gemeindebeamtenstand kann fruchtbringend arbeiten und Staat und Gemeinde eine Stütze sein. (Langanhaltender tosender Beifall.) Sodann sprach Rechnungsrevisor Wolff (Kassel) über die Verordnungsverhältnisse der Gemeindebeamten. Der Redner forderte im Prinzip Gleichstellung der Gemeindebeamten mit den unmittelbaren Staatsbeamten in Gehalt und Rechten. Die Befolgung dieser Forderungen in vielen Gemeinden blieben besser ungenannt. Bei Wahlen zu den städtischen Körperschaften würde den Kandidaten häufig das Versprechen abgenommen, daß sie niemals für eine Aufbesserung der Gehälter der Gemeindebeamten eintreten würden. (Lebh. Hui-Rufe.) Vielfach greife bei der Befolgung von Beamtenstellen ein Ausbietungsverfahren Platz, in dem nach alter Erfahrung der Mindestfordernde den Zuschlag erhalte. (Stillerkeit.) Darin liege eine vollständige Mißachtung der Tätigkeit der Gemeindebeamten. Das Reich habe für seine Beamten in Anerkennung der Tätigkeit der Gemeindebeamten ein Merkmal der Würdigung zu setzen; mögen die Gemeindevorstände dem Beispiel des Reiches folgen! (Mnutenlanger stürmischer Beifall.) Als letzter Redner sprach dann Stadtschreiber Konradski (Elsing) über die Reformbedürftigkeit des Kommunalbeamten-Gesetzes.

Der „religionslose“ Probekandidat.

Seiner sächsischen Probekandidat Adolf Schmidt, dem die Ableitung seines Probejahres an sächsischen Schulanstalten verweigert worden, weil er aus der evangelischen Kirche ausgetreten, ohne sich einer anderen anzuschließen,

verwehrt sich in einer Zuschrift an sächsische Blätter gegen den ihm sowohl vom Kultusminister wie mehreren konservativen Abgeordneten im Dresdner Landtage gemachten Vorwurf der Irreligiosität. „Ist es“, so schreibt er, „schon so weit mit uns gekommen, daß wir lediglich nach der äußeren Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft die Menschen in religiöse und irreligiöse klassifizieren? Ist es wohl wahr-scheinlich, daß ein Mensch, dem Religion Gebuda ist, die großen Nachteile, die ihm heute noch aus einem Kirchenaustritt erwachsen, auf sich nimmt, oder ist nicht vielmehr gerade daraus zu schließen, daß er religiös stark interessiert ist? Welche andere Gründe sollten mich wohl zu dem Schritt veranlassen haben als religiöse? Kennen die Herren nicht Schillers Wort:

Welche Religion ich bekenne? Keine von allen, Die du mir nennst. — Und warum keine?

Die Herren verwechseln Religion mit ihrem eigenen konfessionellen Bekenntnis und bezeichnen jeden als irreligiös, der sich diesem nicht anschließt. So kommen sie zu der geradezu mittelalterlich anmutenden Verwechselung von Bekenntnislosigkeit und Religionslosigkeit. Wenn der Abgeordnete Ulrich-Chemnitz sagt, Religionslose seien nicht geeignet, Lehrer an unseren Schulen zu werden, so timme ich dem aus tiefstem Herzen bei: „Weist echter Religiosität zu fördern“ ist eine der höchsten Aufgaben des Lehrers. Ist aber Herr Ulrich nicht auch der Meinung, daß unter denen, die äußerlich der Kirche angehören, Tausende von Religionslosen sind und sein werden, so lange man in die kirchliche Gemeinschaft hineingeboren wird und nicht freiwillig eintritt? Glaubt ferner Herr Ulrich nicht, daß umgekehrt ein konfessionsloser Mensch sein kann? Ich verweise ihn auf Schillers oben zitiertes Wort.

Deutschland.

Das Fest des Schwarzen Adlerordens fand Montag in der üblichen Form im kaiserlichen Schloß statt. Die neu zu investierenden Ritter, mit dem Bande des Ordens, gekleidet, fanden sich in der roten Hofkammer zusammen. Der Herzog von Sachsen-Altenburg wurde nicht anwesend, er hat Berlin wegen eines Krankheitsanfalles verlassen. Im Ritteraal fand dann durch den Kaiser die Investitur der Prinzen Waldemar und Joachim statt. Dann folgten General der Kavallerie a. D. Freiherr v. Bissing, General der Infanterie Generaladjutant v. Kessel, Oberjägermeister vom Dienst Freiherr v. Heintze-Weissenrode, Staatsminister v. Köller und General der Infanterie Ritter Heintze v. Gillemeim. Im Ritteraal hielt der Kaiser als Großmeister des Ordens ein Kapitel in Gegenwart der sämtlichen 49 anwesenden Ritter ab.

(Der Reichskanzler und die Generale.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt offiziell: „Die mehrfach von uns behandelte Kampagne, die in einem Teil der Zentrumpresse in den letzten Wochen gegen den Reichskanzler geführt worden ist, hat ein ausländisches Blatt zu einer Umfrage bei deutschen Parlamentariern veranlaßt. Unter den mitgeteilten Äußerungen findet sich auch eine Bemerkung, derzufolge sich einige hohe Militärs daran beteiligt hätten, dem Kaiser Auerbietungen wegen eines Kanzlerwechsels zu machen. Diese hohen Militärs, so wird weiter gesagt, könnten es dem Fürsten Bismarck nicht verzeihen, daß er nicht zu Beginn der Marokko-Affäre Abrechnung mit Frankreich gehalten habe. Zur Begründung dieser Angaben wird jedoch nicht das mindeste beigebracht, offenbar, weil sie tatsächlich unbegründet und beweislos sind. Wir können deshalb die erwähnten Äußerungen als einen haltlosen Versuch, Mitglieder der Kammer der Teilnahme an einer politischen Intrigue zu beschuldigen, nur lebhaft bedauern.“

(Prinz Ernst von Sachsen-Weimar.) Prinz Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach ist gestern vormittag in der Heilanstalt Neu-Wittelsbach bei München gestorben. — Der verstorbene Prinz war Kommandeur der 21. Kavallerie-Brigade zu Frankfurt a. M. Er hatte vorher das Dragoner-Regiment Königin Olga (1. Württembergisches) Nr. 25 befehligt. Prinz Ernst war am 9. August 1859 in Stuttgart geboren. Seine Eltern waren Prinz Hermann von Sachsen-Weimar-Eisenach und Prinzessin Auguste von Württemberg.

Der Austritt des Regierungspräsidenten in Schleswig, Herrn von Dolega-Kozierowski, der durch den Fall Schilling bekannt geworden ist, soll, wie gemeldet wird, am 1. März erfolgen. Als sein Nachfolger wird der Regierungspräsident v. Fiedler in Erfurt genannt.

Wegen Beleidigung der Unteroffiziere und Offiziere des preussischen Heereskontingents wurde von der Lübecker Strafkammer der sozialdemokratische Redakteur Stelling zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Anklage lag ein aus dem „Vorwärts“ übernommener Artikel „Schinderhede“ zugrunde. Die gleiche Anklage schwebt auf Antrag des preussischen Kriegsministers gegen mehrere andere Redakteure.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Bei der Prager Post sind infolge der Doppelsprachigkeit in der Amtsführung und Leitung unhaltbare chaotische Zustände eingetreten. Der Leiter der deutschen Abteilung der Postdirektion Swoboda nahm seinen Abschied und wurde auf sein eigenes Verlangen in Disziplinäruntersuchung gezogen. Sein Vertreter, Hofrat Broekel, erklärte dem Postdirektor, der hauptsächlich die Tschechisierung des Prager Postwesens durchführt, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn ihm durch tschechische Amtsglieder Schwierigkeiten bereitet würden.

Zu neuen Straßenumgebungen kam es aus Anlaß der Ankunft einer Abordnung der französischen Studentenschaft, die zur 500-jährigen Feier des sogenannten Rutenbergschiffs in Prag eintrafen. Die Abordnung kam um 5 Uhr abends an und wurde von einer besonderen Deputation auf dem Franz-Josephs-Bahnhof erwartet, vom Bürgermeister begrüßt und sodann zum Hotel geleitet, wo man den Gästen eine Ovation darbrachte. Darauf zogen 2000 Leute zum tschechischen Studenten, über den Wenzelsplatz auf den Graben, wo es zu stürmischen Demonstrationen vor dem deutschen Hause und zu Insultationen deutscher Studenten kam. Die Wache die große Vorbereitungen getroffen hatte, verhielt sich jedoch größere Ausfressungen. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Gegen 7 Uhr trat Ruhe ein. Sonntag kam es abermals zu Unruhen.

Frankreich.

Die Regierung dementiert auf das Entschiedenste die von „Libro Parole“ im Umlauf gesetzte Nachricht, wonach Kabaetisch Clemenceau im Laufe eines Diners bei Herrn de la Gargentieres sich geäußert haben soll, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland in diesem Frühjahr unvermeidlich sei und daß um jeden Preis die Trennung Italiens vom Dreibunde vollzogen werden müsse, und daß Clemenceau ähnliche Äußerungen gegenüber dem Komitee des Syndikats der Presse gemacht haben soll.

England.

Die englische Admiralität hat beschlossen, einen neuen Kriegshafen zu bauen. Ob man Forth oder einen anderen Hafen wählen wird, steht noch nicht fest.

Luxemburg.

Luxemburg wird, wie der luxemburgische Finanzminister Mungenast neulich in einer Sitzung der Abgeordnetenkammer auf eine Anfrage erwiderte, seinen Rücktritt von der Norddeutschen Brauereiergemeinschaft vollziehen. Die deutsche Regierung sei schon dieserhalb verhandelt. Auf die Frage der Budgetkommission, welche Stellung Luxemburg gegenüber den neuen Steuern Deutschlands einnehmen werde, erwiderte Mungenast nach der „Köln. Volksztg.“ ungefähr wie folgt: „Wir werden noch abwarten müssen, welche Steuern im Deutschen Reichstag definitiv angenommen werden. Einzelne der vorgeschlagenen Steuern interessieren uns nicht; andere gefallen uns nicht. Wir behalten uns alle Freiheit vor.“

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 21. Jan. (Krieger- und Landwehrverein.) Am 27. Januar d. Js. wird der hiesige Krieger- und Landwehrverein auf 50 Jahre seines Bestehens zurück. Wie uns geschrieben wird, soll deshalb die Kaisergeburtstagsfeier am 31. Januar ganz besonders ausgeteilt werden. Schon monatelang haben die Herren Harrer Bröckling und Photograph Braß daran gearbeitet, die wichtigsten Begebenheiten und die einschneidendsten Taten aus dem Vereinsleben in Wort und Bild zu fixieren, um sie dem Zuschauer naturgetreu vor Augen zu führen. Da wird er verführt an den 27. Jan. 1859, wie unter großer Beteiligung der Kamenener Wehrmänner und junger Krieger im Nebenbürgerlichen Saale der Verein gegründet wird; da sieht er, wie durch den 3. Napoleon freibewilligen Uebermut der hiesige Handwerker seiner Werkstätte, der friedlichen Bürger seinem Fluge entrißen wird, um mitzuziehen zur Wacht an den Rhein. Große Siegesnachrichten von Sedan vereinigen die Zu-

rückgebliebenen auf dem Marktplatz. Mit Trommeln und Pfeifen durchzogen die „Junge Wacht am Rhein“ die fahnenbesetzten Straßen der Stadt. Den heimkehrenden, ordnungsgemäßen Kriegern wird auf dem Markte ein herzlicher Willkomm zuteil. Aber auch der gefallenen Helden wird durch Erbauung eines Kriegerdenkmals gedacht. Se. Majestät Wilhelm I. gibt seine Huld dem Vereine durch allergnädigste Verleihung einer Fahnenfestscheibe. Das letzte Bild ist als Apotheose gedacht. Es soll die gesamte deutsche Kriegsmacht darstellen. Ueber ihr thronen die allegorischen Figuren des Friedens und des Krieges. Wie eng sind doch die Geschicke des Vereins mit dem der Bürger Kamens verknüpft. Wer wird durch diese Darbietungen nicht zurückversetzt in längst vergangene Tage, wie er vielleicht mit hinausgezogen ist gegen den weissen Eroberer, wie er auch freudigstehend den Siegesnachrichten gelauscht oder wie er als Knabe mit teilgenommen hat an jedem Sang und jedem Klang. Da wird manchem jedenfalls warm ums Herz und er wird gern die Gelegenheit benutzen, an der 50. Geburtsstagesfeier des Vereins teilzunehmen, um all die alten Erinnerungen wieder aufzufrischen. Auch wünschen wir, daß dem Verein an diesem seinem Ehrentage die beantragte Kaiserfahne huldreichst verliehen wird. Die Weihe und Uebergabe an den Verein würde sich, wie wir aus fester Quelle erfahren haben, nach dem gemeinschaftlichen Kirchzuge auf dem Markte am Kriegerdenkmal vollziehen. Ein Paradezug würde die feierlichen Akt beschließen. Wir selbst wünschen dem Verein zu seinen Veranstaltungen ein glückliches Gelingen.

Kamen, 21. Jan. (Kaisergeburtstagsfeier.) Den Reigen dieser Feiern eröffnete am Sonntag Abend der hiesige Männer-Gesang-Verein „Auguste Viktoria“ durch Gesangsvorträge, Theater und Ball. Der Besuch dieses Festes war wie immer außerordentlich stark, der große Saal im Schützenhofe war bis auf den letzten Platz besetzt und noch viele gingen wegen der Ueberfüllung unbefriedigt zurück. Nach dem Vortrage einiger Lieder und eines Kuplets, hielt der Dirigent des Vereins Herr G. Kumpff eine sehr eindrucksvolle Festrede und das am Schluß ausgebrachte Hoch auf Se. Majestät den Kaiser wurde begeistert aufgenommen. Sodann folgte das Theaterstück „Vater unser“, das bei seiner gediegenen Inhalt und vorzüglicher Wiedergabe durch die Darsteller, einen großen Eindruck auf die Zuschauer hervorbrachte. Ueberdies reicher Beifall wurde allen Mitspielenden für ihre Leistungen dargebracht. Einige Vorträge, recht heiteren Inhalts, leiteten über zu dem Festball, der dann Jung und Alt noch mehrere Stunden in recht vergnügter Stimmung beisammen hielt.

Kamen, 21. Jan. Der Verein zur Verbesserung von Schweinen nahm in seiner ersten diesjährigen Generalversammlung Kenntnis vom Jahresbericht, von den Protokollen der Vorstandssitzungen und von der Rechnungslage. Diese stellte sich in Einnahme und Ausgabe auf 4185,55 Mk. Bei der Wahl von 6 Vorstandsmitgliedern wurde der bisherige 2. Vorsitzende Herr J. Kumpff wiedergewählt, ebenso der Rentant Herr Fr. Biermann. Zu Tagatoren wurden im 1. Bezirk (Osten) Herr Fr. Sauerland, im 2. Bezirk (Süden) Herr H. Hüstermann, im 4. Bezirk (Norden) Herr Johann Wahlhäuser wiedergewählt. Für den 3. Bezirk wurde an Stelle des Herrn W. Schetter, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, Herr Julius Vogt gewählt. Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren Fr. Kleiböhmer und Louis Dalhaus gewählt. Weiter wurde beschlossen, die versicherten Schweine gegen die Rotlaufkrankheit impfen zu lassen. Es wurden noch verschiedene Angelegenheiten zur Sprache gebracht, und sodann die Versammlung vom Vorsitzenden Herrn Fr. Bödmann mit dem Wunsche auf ein ferneres Gedeihen des Vereins geschlossen. Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Vereins soll eine gemüthliche Feier, bestehend in Pilsenerpotthast-Essen veranstaltet werden.

Kamen, 21. Januar. (Verschiedenes.) Die Pflge der Geisteskranken der Provinz Westfalen pro 1908 gestaltete sich wie folgt: Nach der Zusammenstellung über die Krankenbewegung in den Provinzialheilanstalten zu Marsberg, Lengerich, Münster, Aplerbeck, Warstein und in der Provinzialpflegeanstalt Eselborn waren zu Beginn des Geschäftsjahres 3804 Geisteskranke untergebracht gegen 3485 des Vorjahres, mithin mehr 319; aufgenommen wurden 1148, von denen 282 erkrankt, 274 als Geisteskranken, während 251 mit dem Tode abgingen. Am 31. März 1908 betrug der Krankenbestand 3902.

Den Bemühungen und Nachforschungen der hiesigen Polizei ist es gelungen, einige Personen dingfest zu machen, die im dringenden Verdacht stehen, mehrere seit längerer Zeit hier am Platze vorgekommene, schwere Einbruchsdiebstähle ausgeführt zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung wurden allerlei Gegenstände gefunden, welche von kürzlich verurteilten Einbruchsdiebstählen herrühren. Auch Revolver, Feilen, Brech- und Steinmeißen wurden entdeckt und an bei Einbrüchen beschädigten Türen und Fenstern nachgewiesen, daß o. selben damit geöffnet worden waren. Bis jetzt sind schon 5 Einbrecher hinter Schloß und Riegel gefügt, darunter der 12-jährige Sohn eines derselben, welcher nachts mitgenommen wurde, um bei Einbrüchen durch kleine Öffnungen den Spießgesellen darauf die Fenster usw. zu öffnen. Es ist festgestellt worden, daß die in den letzten Jahren verübten Einbrüche sämtlich von dieser auch auf die Nachbarschaft ausgedehnten Bande ausgeführt worden sind. Weitere Einzelheiten wird das eingeleitete Verfahren noch ergeben.

Samm, 19. Jan. Durch Verhängung des Obergerichts zu Dortmund ist die Zahl der d. g. l. Einfahrer des Bergreviers Hamm vermehrt worden. Der Beche Radboos sind drei Einfahrer zugewiesen worden, die bei der nach Trodenlegung der Grube stattfindenden Vergütung und Entlohnung der Leichen zugegen sein sollen. Diese drei Beamten sollen sich dabei alle 8 Stunden abwechseln. Bevor der Betrieb auf Beche Radboos

wieder aufgenommen wird, sollen alle noch vorhandenen Strecken und Betriebspunkte besichtigt und auf etwa vorhandene schlagende Wetter untersucht werden. Später sollen die Einfahrer zunächst die Grube täglich besichtigen und dem Betriebsführer über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. — Bei den Sämpfungsarbeiten auf Beche „Radboos“ ist nunmehr die erste Sohle (717 Meter) erreicht worden. Die Bergbehörde hat angedeutet, daß die Sohle vorläufig noch nicht gehöhrt werden soll, sondern die Sämpfungsarbeiten solange fortgesetzt werden sollen, bis das Wasser 15 bis 20 Meter unterhalb der ersten Sohle steht. Dies dürfte wahrscheinlich Mittwoch oder Donnerstag der Fall sein, worauf dann die Sohle befahren werden wird.

Werne, 20. Jan. Das fünfjährige Söhnchen des Telegraphenarbeiters S. kam dem glücklichen Ofen zu nahe, so daß die Kleider Feuer fingen. Ehe es die Mutter bemerkte, stand das Kind in hellen Flammen. Die Verbrennungen waren so schwerer Natur, daß das Kind an den erlittenen Verletzungen verstarb.

Dortmund, 20. Jan. (Verschiedenes.) Eine Spezialität von Diebstählen wird in der letzten Zeit hier infolge ausgeübt, als auf sämtlichen Friedhöfen wertvolle Bronzestatuetten von den Umfassungen der Grabmäler abgeschraubt und gestohlen werden.

Dienstag vormittag stürzte sich eine etwa 30 Jahre alte unbekannte Frau in den Stadthafen und ertrank. Der Trauring der Frau ist mit S. S. gezeichnet.

Auf der Hohensburgstraße wurde Montag abend eine Dame von einem des Weges kommenden Radfahrer die Handtasche mit über 30 Mark Inhalt entziffen.

Kirchderne, 20. Jan. Durch die Geistesgegenwart eines Chauffeurs wurde hier ein schweres Unglück verhütet. Das Automobil des Direktors der Beche Stückenau drohte auf der Königstraße mit einem zwölfschüssigen Lastkraftwagen infolge Schrens der Pferde zusammenzustoßen. Kurz entschlossen lenkte der Chauffeur das Automobil im letzten Augenblick zur Seite und fauste über den Wagen ab den Fahrer. Ohne ernstlichen Schaden davongetragen zu haben, konnte das Automobil bald wieder fahrt gemacht werden.

Merlohn, 20. Jan. Infolge unvernünftigen Explosions mehrerer von einem Sprengkünstler herrührender, stehengeliebener Patronen, erregte sich gestern vormittag beim Bahnbau Ferkeln-Schwerte in der Breme ein Unglücksfall. Der in der Nähe stehende Betriebsleiter Conrad und ein Arbeiter wurden im Gesicht schwer verletzt.

Neckinghausen, 19. Jan. (Straßenraub.) An der Braggmann Papyronis wurde auf der Straße, die vor Hochlarmark nach Heren führt, ein schwerer Straßenraub verübt. Der Mann wurde von 5 Burischen angerepelt, überfallen und schwer verletzt niedergeschlagen. Sie forderten ihn unter Todesdrohung auf, sein Geld herauszugeben. Papyronis, der dies nicht gutwillig tat, wurde abermals niedergeschlagen und ihm die Börse mit etwa 40 Mk. Inhalt gewaltsam aus der Tasche geraubt. — In derselben Nacht und auf gleicher Straße wurde ein weiterer Straßenraub an einem Aufseher verübt, der ebenfalls schwere Verletzungen erlitt. In beiden Fällen sind die Täter unerkannt geblieben.

Esfen, 19. Jan. Mit einer Diebstahl- und Schlegelgesellschaft von 21 Köpfen aus Gelsenkirchen hatte sich bis in die letzte Abendstunde die erste Strafkammer zu beschäftigen. Die Diebe, alles Burischen im Alter von 14 bis 19 Jahren, die sich meistens zur fortgesetzten Begehung von Diebstählen verbunden hatten, übten ihr Handwerk nicht allein in Gelsenkirchen, sondern auch in zahlreichen Nachbarorten aus. Selbst in dem entfernten Düsseldorf, wo sich drei von ihnen im Sommer v. J. gelegentlich der dortigen Kirmes, mit drei gleichaltrigen Mädchen begaben, legten sie eine Probe ihrer Geschicklichkeit ab. Während einer von der Bande sich mit den Mädchen auf einer Wiese lagerte begaben sich die beiden anderen in ein Haus, öffneten mittels Dietrichs eine verschlossene Wohnung und raubten eine Anzahl Schmuckstücke die sie zum Teil an zwei der Mädchen verschenkten. Am schlimmsten weggekommen sind mehrere Einwohner von Gladbeck und Hückwisch denen Gold- und Silbergegenstände, Uhren und Bar Geld gestohlen wurden. Während sieben der jugendlichen Langfinger aus Anlaß ihrer geringen Beteiligung mit Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 4 Monate davonkamen, erhielt ein zuerkannter der 14-jährige Ferkelngeizling Stönckel wegen 8 schwerer und 4 einfacher Diebstahl, mit Rücksicht auf seine Jugend ein Jahr Gefängnis, der Arbeiter Josef Formanski 3 Jahre Gefängnis, der Arbeiter Ludwig Nowozin 18 Monate, der Arbeiter Gustav Grynbe 15 Monate und der Arbeiter Franz Gonschorski 8 Monate Gefängnis. Die übrigen, meistens Verwandte oder Bekannte der Täter, wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu 7 Monaten verurteilt.

Esfen, 20. Jan. Wegen Totschlags verhandelte das Schwurgericht gegen den Bergmann Friedrich Schütz von hier. Am Abend des 9. August v. J. waren in der Großen Bruchstraße hier lituanische Bergleute mit dem Schneider Wilhelm Lomweier und dessen Begleitern aneinandergeraten, wobei es zu einer Prügelei kam, die vor dem Hause Nr. 7 des genannten Straßes sich abspielte. Mithin stürzte der Angeklagte, aus dem erwähnten Hause kommend, sich auf die Litauer und gab mehrere Revolverschläge ab, infolgedessen die letzteren in das Haus Nr. 14 zu flüchten suchten. Hier erhielt der Bergmann Friedrich Brodert, der nicht früh genug in das Haus zu kommen vermochte, einen Schuß ins Gesicht, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. Der Angel hatte die Leichenscheidewand zertrümmert und war dann ins Gesicht eingedrungen. Der Angeklagte, welcher der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange unter Anschuß mit anderen Umständen für schuldig befunden wurde, wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Esfen, 20. Jan. (Explosion.) Gestern nachmittag gegen 4 Uhr fand im Laboratorium auf dem alten Schießstand der Gießhahnenfabrik eine Explosion statt, deren Ursache noch nicht aufgeklärt ist. Zwei in dem Laboratorium arbeitende Personen wurden verletzt, eine davon schwer. Die

Kruppsche Feuerwehr, die alsbald zur Stelle war, löschte den entstandenen Brand und sorgte für die Ueberführung der Verletzten ins Lazarett.

Sterkrade, 20. Jan. (Durch Elektrizität getötet.) Der Ingenieur Kamman von der hiesigen Abteilung der Gutehoffnungshütte beehrte gestern auf Beche Prosper in Gladbeck eine von der Hütte vor kurzem montierte Fördermaschine als er im Maschinenhause die elektrische Leitung einschalten wollte, wurde er vom Stromstrom sofort getötet.

Dorhausen, 18. Jan. (Dieb ermittelt.) Im Laboratorium der Gutehoffnungshütte ist in letzter Zeit für 1000 Mk. Platin entwendet worden. Als Täter ermittelte man nun einen Angestellten, der mehrere Semester Chemie studiert hat. Der Dieb wurde festgenommen. Abnehmer des Platins war ein Juwelier in Düsseldorf.

Düsseldorf, 20. Januar. Der Selterswasserfabrikant Johann Rierdorf von hier war beschuldigt, Himbeer- und Zitronen-Limonaden, die keine Fruchtstücke enthielten, sondern nur ein Destillat aus Kunstprodukten bildeten, unter der zur Täuschung geeigneten Bezeichnung „Himbeer-Brause“ und „Zitronen-Brause“ in den Handel gebracht zu haben. Vom Schöffengericht war S. von der Anklage der Nahrungsuntersüßung nach dieser Richtung hin freigesprochen und nur zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden, weil sich in den Flaschen Schmutzteilchen befunden hatten. Die Urteilsbegründung des Schöffengerichtes führte aus, es sei dem Publikum wohl bekannt, daß für 10 Pfg. keine aus reinem Fruchtstoffe hergestellte Limonade geliefert werden könne. Gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden, so daß sich heute auch die Strafkammer unter Zuziehung mehrerer Sachverständigen mit der Angelegenheit zu befassen hatte. Der Angeklagte machte geltend, daß die Bezeichnung „Brause“ für das aus Kunstprodukten hergestellte Getränk bereits von verschiedenen Gerichten, darunter auch vom Reichsgericht, als zulässig erachtet worden sei. Demgegenüber betonten sämtliche Gutachter, daß das von dem Angeklagten in den Handel gebrachte, künstlich hergestellte Destillat auch dem entsprechend deklarieren werden müsse. Die zweite Instanz schloß sich dieser Auffassung an; sie hob das Erkenntnis des Schöffengerichtes auf und verurteilte den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zu 200 Mark Geldstrafe.

Düsseldorf, 19. Jan. Das hiesige Kriegsgericht verurteilte den vorbestraften Musketier Karl Leinide von der 1. Komp. des Inf. Regts. 16 in Mülheim-Rhein wegen Fahnenflucht im Komplotz zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Der Genannte war am 30. Aug. vor Jahres von seinem Heeresdienst flüchtig geworden und im Monat Dezember wieder zurückgekehrt, nachdem ihm sein Vorgesetzter, bei der französischen Fremdenlegation einzutreten, leid geworden war.

Düsseldorf, 18. Jan. (Verhaft.) Der Kaufmann Leo Wilkowski, der Inhaber der Herrenkonfektionsfirma Gans u. Co., ist unter dem dringenden Verdacht des betrügerischen Bankrotts verhaftet worden. Es handelt sich um etwa 100 000 Mark.

Düsseldorf, 18. Januar. (Urkundenfälschung.) Der in einer hiesigen Brauerei beschäftigte Brauer August Grünner teilte im vergangenen Jahre seinem in Schlesien arbeitenden Bruder Josef mit, daß auch für ihn hier Beschäftigung vorhanden sei. Josef Fr. schrieb mit Falschheit, daß er kommen werde, und war nicht wenig verwundert, als daraufhin ein Telegramm „Bleibe dort. Stellung besteht. August“ eintraf. Die angeforderten Ermittlungen ergaben, daß das Telegramm von dem Brauer Adolf Bartisch gefälscht worden war, einem Mitgliede der sozialdemokratischen Berufsorganisation, der gegen seinen Berufskollegen August Fr. Groll begie, weil dieser nicht organisiert ist. In der letzten Sitzung der Strafkammer hatte sich Bartisch wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 2 Monate Gefängnis, das Gericht betonte die verwerfliche Handlungsweise des Angeklagten und setzte gegen diesen 6 Monate Gefängnis fest.

Kleve, 18. Jan. Pastor Felle hatte einen 16-jährigen Menschen auf Grund seiner Augen diagnose als leberleidend befunden und ihn dementsprechend behandelt. Allopathische Ärzte stellten dann Blinddarmentzündung fest und unterzogen den Patienten einer Operation. Der darauf eingetretene Tod wurde Felle zur Last gelegt; er hatte sich deswegen jetzt vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Felle bestritt, daß die Blinddarmentzündung schon vorhanden gewesen sei, als er den Kranken behandelt habe. Das Gericht erachtete ein Verhängen Felles nicht für erwiesen und sprach ihn kostenlos frei.

Köln, 20. Jan. Schwere Majestätsbeleidigungen gegen den deutschen Kaiser und den Kaiser von Oesterreich enthielten Plakate, die von unbekannter Hand an die Pfahlsäulen angeheftet wurden. Die Plakate rühnten anscheinend von einem Geisteskranken her.

Köln, 18. Jan. Auf dem hiesigen Güterbahnhof St. Gereon wurden im Mai vor. Jahres umfangreiche Diebereien ausgeführt. Die dort angestellten Aushilfsbeamten Ernst Wensch und der Bureauassistent Peter Gaus, der die Frachtkontrollen hatte, veruntreuten eine größere Anzahl Frachtbriele und die darauf fälligen Waren. G. setzte sich mit dem Destillateur B. Lüttgen in Verbindung; man mietete ein großes Lager für die Beute, sodas die Nachbarn meinten, es werde ein Bazar dort eröffnet. Ganze Möbelstücke, Pianos, große Mengen Weine, Zigarren, Kognaks usw. wurden aufgefahrt. Wagonladungen wurden von den Dieben weiter veräußert. Ihre alten Möbel warfen sie weg und richteten sich fürstlich ein. B. erhielt ein, G. und L. je zwei Jahre Gefängnis.

Köln, 20. Jan. Eine blutige Schlägerei fand in Dürbach bei Hoffnungsthal, wo feinerzeit eine Wirtschaft von Kroaten ermerdet wurde, zwischen italienischen und deutschen Arbeitern statt. Ein italienischer Arbeiter blie tot auf dem Platze; mehrere ausländische Arbeiter wurden verletzt.

Köln, 20. Jan. (Meineidsprozeß Dr. Rubin.) In zweitägiger, unter Aufsicht der

Staatsekretär Dernburg sprach gestern in Dresden in einer großen, von allen nationalen Vereinen veranstalteten Versammlung, an der auch König Friedrich August teilnahm, über die kolonialen Erscheinungen des letzten Jahres, unter besonderer Berücksichtigung seiner Reise nach Südwestafrika. Enliegend wies er auf die Möglichkeit hin, einen großen Teil der Rohstoffe für unsere Industrie in unsern Kolonien herzustellen, geistert vor künstlichen Preissteigerungen und betrügerischen Machenschaften, sowie unseren bereits jetzt bedeutenden überflüssigen Absatz noch bedeutend zu steigern.

Einen besonders hohen Bedarf hat Deutschland an Eisenerzen, deren wichtigster, die Baumwolle, wiederholt Gegenstand der schlimmsten amerikanischen Preissteigerungen war. Wir stehen in diesem Punkte noch im Anfang unserer Kolonialwirtschaft. Besonders Afrika kommt in Betracht, wo die Leipsiaer Kammer

bereits verurteilten Blut ist noch zu melden, daß die Ursache dazu in einem Diebstahl und vorausgegangenen Streitigkeiten zu suchen ist.

Dem Joh. Frings, ein schwächlicher junger Mann, war in einem Streite in einem Wirtshaus offen mit Todschlag bedroht worden; deshalb trug er auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte stets einen geladenen Revolver bei sich. Sein Vetter Heinrich Frings und die beiden anderen Vetter, zwei Brüder Forst, die als Kaufleute bekannt sind, feierten am Unglückstage und gingen abends 7 Uhr, mit Knäpeln versehen, nach der Wertener Deide, wo sie in der Dunkelheit unter den Kirschbäumen dem Johann Frings aufsuchten, der dort vorbeikommen mußte. Er erhielt einen Stoß mit dem Kopf, als er vorüberkam, zog dann sofort den Revolver und gab drei Schüsse ab von denen der eine seinen Vetter tödlich, einen Bruder Forst an Brust und Arm verletzte, während der andere Bruder unverletzt blieb. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß berechtigte Notwehr vorlag und Johann Frings auf freien Fuß gesetzt wurde.

Dorn, 18. Jan. Wegen zahlreicher Kirchendiebstähle verurteilte die hiesige Strafkammer die Ehefrau Gertrud Fersel zu 2 Jahren Gefängnis und die Ehefrau Goldschmidt zu 9 Monaten Gefängnis.

Koblenz, 18. Jan. Der 34-jährige Gärtner Geuß war im Jahre 1875 hier beim Infanterie-Regiment Nr. 68 eingetreten, mehrmals desertiert und auch bestraft worden. Zuletzt geschah dies im Jahre 1891. Er war in Belgien und Amerika. Am 28. Dezember stellte er sich freiwillig bei der Unteroffizierschule in Jülich; er wollte in Deutschland sterben und dort begraben sein. Das Kriegsgericht verurteilte ihn wegen Fahnenflucht zu der geringsten zulässigen Strafe von 5 Jahren Zuchthaus. Der Mann erklärte: „Das will ich auch noch abmachen!“

Nachen, 19. Jan. Der Alkohol-Schnuggel ist neben dem Schnuggel von Sacharin eines der einträglichsten „Grenzgeschäfte“ und darum ist es auch nicht zu verwundern, daß er immer wieder mit mehr oder minder dreifachen Trübsal verurteilt wird. So fahnen die Zollbeamten bei Henri-Chapelle einen Fuhrmann ab, der einen Karren mit Brettern bei sich führte. Unvorsichtigerweise hatte er für diese keinen Zolldchein bei sich, so daß er sein Gefährt den Beamten überlassen mußte, bis er den Schein vom nächsten Zollbureau beschafft hatte. Während des Wartens belamen die Beamten Lust, den Wagen genauer zu untersuchen, und da entdeckten sie in der Mitte eine kunstvoll hergerichtete, nach allen Seiten durch Bretterstücke verdeckte Höhlung mit 500 Liter Alkohol. Natürlich wurde alles beschlagnahmt und der Fuhrmann verurteilt.

Nachen, 18. Jan. Nach Beendigung einer Gerichtsverhandlung, welche sich gegen ein 17-jähriges Mädchen wegen Erpreßung richtete, begangen zum Nachteil des Apothekers Wilhelm Ulrich, der als Hauptzeuge von Frankfurt a. Main hierhergekommen war, wurde der Apotheker verhaftet. Es wird ihm zur Last gelegt, eine ganze Anzahl kaum den Kinderstühlen entwachsender Mädchen verführt und geschlechtlich erregt gemacht zu haben. Am Mittwoch hatten sich 5 Mädchen im Alter von 15 Jahren wegen Uebertretung nach § 261,6 des Strafgesetzbuchs zu verantworten. Auch in diesem Falle soll es sich um Opfer des verführerischen Apothekers handeln, die nach ihrer Verführung durch denselben der Schande nachgegangen sind. Bei dem Verhafteten, der bis vor kurzem in dem Nachbarort Cornelmünster eine Apotheke betrieb und zu seinen Zwecken in Vaden mehrere möblierte Zimmer inne hatte, soll auch der § 176,3 in Frage kommen.

Frier, 20. Jan. In einem Faustkampf zwischen den Hüttenarbeitern Rile und Schmitt in dem lugsburgischen Orte Döbelingen kam die Ehefrau des ersten ihrem Gatten zu Hilfe und tötete Schmitt durch einen Revolverstoß auf der Stelle.

Dernburg über unsere Kolonien.

Gute wirtschaftliche Aussichten.

Staatsekretär Dernburg sprach gestern in Dresden in einer großen, von allen nationalen Vereinen veranstalteten Versammlung, an der auch König Friedrich August teilnahm, über die kolonialen Erscheinungen des letzten Jahres, unter besonderer Berücksichtigung seiner Reise nach Südwestafrika. Enliegend wies er auf die Möglichkeit hin, einen großen Teil der Rohstoffe für unsere Industrie in unsern Kolonien herzustellen, geistert vor künstlichen Preissteigerungen und betrügerischen Machenschaften, sowie unseren bereits jetzt bedeutenden überflüssigen Absatz noch bedeutend zu steigern.

Einen besonders hohen Bedarf hat Deutschland an Eisenerzen, deren wichtigster, die Baumwolle, wiederholt Gegenstand der schlimmsten amerikanischen Preissteigerungen war. Wir stehen in diesem Punkte noch im Anfang unserer Kolonialwirtschaft. Besonders Afrika kommt in Betracht, wo die Leipsiaer Kammer

mit einer ... an der Küste und in Innern durch ...

Wichtig sind auch die tierischen und pflanzlichen ...

Der Hainbarrakasse ...

Das im Besitz der Weißen befindliche Vieh ...

An Diamanten sind in Südwest bisher ...

Durch Schaffung von Verkehrswegen und ...

Aus aller Welt.

Die Beisetzung Ernst v. Wildenbruchs

Am Dienstag nachmittag auf dem Neuen Friedhof ...

Wählt, von der das Haus des Dichters zu sehen ...

Der Gefangenenstreik in Frankfurt a. Main ...

Eisenbahn-Zusammenstoß. Der Dienstag ...

Aus Nahrungssorgen in den Tod.

Ein erschütternder Anblick bot sich Dienstag ...

Der Einbrecher Heil, der polizeilich verfolgt ...

Die Leiche des Arbeiters Zeglitz wurde bei ...

Ein Frauenmord. Seit die Ortschaft Scharlach ...

Von einer Lawine erfasst. Zwei seit ...

Die Überlebenden der Erbenkatastrophe ...

In Breitenworbis sind drei Wohnhäuser ...

Ein Automobil, welches in Turin eine ...

Ein entschiedener Freund des Alkohols. Aus ...

Der Generalkriegsminister der New Yorker ...

Vor dem Einlaufen des Panzerschiffes ...

Die Choe'a in Petersburg. Während ...

In Warschau wurden zwei vor einigen ...

Million Rubel, deren Ursprung vorläufig unbekannt ...

In Groß-Lichterfeld bargte sich ein Schuhmacher ...

Eine Familientragödie ereignete sich in dem ...

Neueste Nachrichten

W. - Wolff's Bureau, H. - Birich's Bureau, E. - Privattelegramm.

Für die Opfer des Erdbebens.

W. Berlin, 20. Jan. Die Kaiserin, der Kronprinz ...

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse wurde mir auch mein lieber, guter Mann

Joseph Jacoby

im 58. Lebensjahre heute durch den Tod entrissen.

Um stille Teilnahme bittet

Die trauernde Witwe.

Kamen, den 20. Januar 1909.

Die Beerdigung findet zusammen mit der meines lieben entschlafenen Sohnes **Leo** am Freitag nachmittag 4 Uhr vom Steinbehaue, Burgstrasse, aus statt.

127

Der Verein feiert den

Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers

am Sonntag den 24. Januar

im Lokale der Frau Wwe. Heuer durch

KONZERT u. BALL.

Anfang 4 Uhr.

Zu dieser Feier ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

128

Der Verein feiert den

Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers

am Sonntag, den 24. d. Mts., im Vereinslokal Wwe. W. Starke (gef. von W. Nagel), Westentor, durch

theatral. Aufführungen und Ball.

Kasseneröffnung 1/27 Uhr.

Anfang 7 Uhr.

Entrée: Karten im Vorverkauf 60, an der Kasse 75 Pfg. sind bei dem Vereinswirt und bei den Mitgliedern zu haben; eine Dame frei.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

1269

Kronprinzessin sprachen den Witwintenden ihre ...

Der Fall Liebknecht. Berlin, 20. Jan. Die Geschäftsordnungs-

Mordversuch der Gesellschafterin.

H. Berlin, 20. Jan. Die bei den Eltern des Bauingenieurs von Köller-Banner ...

Kufeké

Kinder-Nahrung. Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörungen.

Kranken-Kost

Veranw. Mediziner: Dr. Meier in Kamen

Familien- - - - Ereignisse

wie Verlobungen, Vermählungen, Geburten, Todesfälle u. s. w. teilt jeder Freunden und Bekannten am zweckmäßigsten mit durch eine Anzeige in der

Kamener Zeitung.

50 Mark Wochenlohn

über 50 bis 60 % Provision erhält Jeder, der den Vertrieb meiner Aluminiumschilder und Waren übernimmt. - Vertretung wird auch als Nebenbeschäftigung übertragen. Aluminium-Waren sind spielend leicht veräußlich. Auswurf und Mutter gratis. Es versäume daher niemand, anzufragen. Postkarte genügt. Adresse: b484

Schilderfabrik

Post (Erbach, (Westerbald).

OXO Bouillon

hergestellt von der Liebig Gesellschaft,

dient zur sofortigen Bereitung einer fertig gewürzten wohlschmeckenden Tasse Fleischbrühe. 1/2-2 Theelöffel auf eine Tasse heißen Wassers.

Vorrätig in Flaschen zu 50 Pfg. u. Mk. 1.75.

Flechten

offene Füße

Beinschäden, Beinschwellen, Adern, Krämpfe, alte Wunden sind oft sehr hartnäckig; wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der besten bewährten

Rino-Salbe

gibt u. schmerzfrei. Dose Mk. 1.15 u. 2.25. Dankeschreiben zeigen täglich ein. Nur echt in Originalpackung weiss-grün-rot und mit Firma Schubert & Co., Wein-Straße, Dresden. Fälschungen weisen man zurück. Zu haben in den Apotheken.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Prämienlosvereinigung „Fortuna“ Hamburg bei, worin zur Beteiligung an der großen Gewinnziehung am 1. Februar cr. eingeladen wird. Die Lose sind in allen deut. Bundesstaaten zu spielen erlaubt.

Bekanntmachung.

Die Kaisergeburtstagsfeier findet am **Mittwoch den 27. d. Mts.** in bisher üblicher Weise in hiesiger Stadt durch **Konzert** auf dem Marktplatz um 11^{1/2} Uhr nach Beendigung des **Gottesdienstes** in den Kirchen und durch ein **Festessen** um 6 Uhr im Hotel zum König von Preußen statt.

Diejenigen, welchen die Liste zur Teilnahme an dem Essen nicht vorgelegt sein sollte, werden gebeten, sich in obigem Hotel bei Herrn Bergheim zu melden.

Kamen, den 18. Januar 1909.

Der Festauskunft: v. Basse.

Bekanntmachung.

betr. den Schutz der den Mitgliedern des Brieftauben-Vereins „Courier“ hieselbst gehörigen Brieftauben.

In Gemäßheit der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 8. November 1894 zum Reichsgesetz vom 28. Mai 1894, betr. den Schutz der Militärbrieftauben, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß das Töten oder Einfangen der den Mitgliedern des Brieftaubenvereins „Courier“ gehörigen, vorchriftsmäßig abgestempelten Brieftauben verboten und mit Strafen bis zu drei Monaten Gefängnis belegt ist.

Die Mitgliederliste hängt im Gitterkasten des hiesigen Rathauses aus.

Kamen, den 27. Dezember 1908.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf § 25 der deutschen Wehrordnung werden sämtliche Militärpflichtige, welche im Bezirk des Amtes Unna-Kamen ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, hierdurch aufgefordert, der ihnen obliegenden Meldepflicht nachzukommen. Die Meldepflicht beginnt mit dem 1. Januar des Jahres, in welchem der Militärpflichtige das 20. Lebensjahr vollendet und dauert so lange, bis über die Dienstpflicht derselben entschieden ist. Es kommen in Frage die in den Jahren 1887, 1888 und 1889 geborenen Militärpflichtigen. Diejenigen Militärpflichtigen älterer Jahrgänge, über deren Militärverhältnisse noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist, haben sich ebenfalls zur Stammmrolle anzumelden. Die Meldung sämtlicher Militärpflichtigen für das Jahr 1909 hat in der Zeit vom 15. Januar bis 1. Februar zu erfolgen, und zwar **persönlich** auf dem Amtsbureau in Unna, Zimmer Nr. 2. Diejenigen Militärpflichtigen des Jahrgangs 1889, welche nicht im Bezirk des Amtes Unna-Kamen geboren sind, haben bei der Meldung ihr Geburtszeugnis, dagegen sämtliche Militärpflichtige der Jahre 1888 und früher den im ersten Militärpflichtjahre erhaltenen Lösungsschein vorzulegen. Für die zeitig abwesenden Militärpflichtigen haben deren Eltern, Vormünder, Lehr- und Arbeitsherrn die Verpflichtung, dieselben zur Stammmrolle anzumelden.

Wer die vorgeschriebene Meldung zur Stammmrolle unterläßt, wird mit einer Geldstrafe bis 30 Mk. oder Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Die Herren Gemeinde-Vorsteher wollen Vorstehendes in ihren Gemeinden in üblicher Weise verbreiten.

Unna, den 28. Dezember 1908.

Der Amtmann: Sabass.

== Versicherung ==

gegen

Wasserleitungs-Schäden

übernimmt gegen mäßige Prämien und unter günstigen Bedingungen die

Aachener u. Münchener Feuer-Vers.-Ges.

Nähere Auskunft durch die

Agentur **Fr. Meyer-Kamen, Weststr. 21.**

Deutsches Hilfskomitee

für die in Süditalien durch Erdbeben Geschädigten.
Protectorin Ihre Majestät die Kaiserin und Königin.

Aufruf.

Ein furchtbares Unglück ist über Italien hereingebrochen. Menschenleben ohne Zahl sind vernichtet, blühende Wohnstätten vom Erdboden verschwunden, ganze Städte zerstört, ganze Provinzen verwüstet. Angesichts der verheerenden Katastrophe, die mit so entsetzlicher Sprache zu uns spricht, öffnen sich überall im Deutschen Reich Herzen und Hände, um in wertvoller Opferwilligkeit Wohltät zu üben und Elend zu lindern. Es gilt die Gaben der einzelnen zu sammeln und die Hilfsstätigkeit zu organisieren. Zu diesem Zwecke hat sich ein Komitee gebildet, das sich mit diesem Aufruf an das Deutsche Volk wendet. Jeder Beitrag, auch das kleinste Scherlein, ist willkommen! Das Bureau des Deutschen Hilfskomitees befindet sich **Berlin N.W., Alsenstraße 10.**

Der Ehrenpräsident:
Fürst von Bülow, Reichskanzler.

Das Präsidium:

Holff Friedrich, Herzog zu Mecklenburg. **Graf zu Stolberg-Wernigerode**,
Präsident des Reichstages.
Graf zu Lerchenfeld-Köfering, **Graf von Bismarck**,
Rgl. bayr. Gesandter. Rgl. sächs. Gesandter.

A. von dem Knesebeck,
Vize-Präsident des Reichstages.
Vorstand des Deutschen Zentral-Komitees vom Roten Kreuz.

Das Komitee:

Emil Selberg, **Alexander Scholler**, **General-Konful von Noy**,
Kommerzienrat. Geheimrat. stellvert. Schatzmeister.
Vorstand. Schatzmeister.

Bekanntmachung.

Die aus **Rußland, Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern** stammenden, hier beschäftigten Arbeiter machen wir hiermit auf folgende Bestimmung des Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 4. v. M. — IIb 4919 — aufmerksam:

„Alle Legitimationskarten haben Gültigkeit nur für das Kalenderjahr, in dem sie ausgestellt sind. Die Ausstellung einer neuen Karte für die dem Rückkehrwege nicht unterliegenden, im Inlande verbliebenen Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Vorschriften über die Legitimierung an der Arbeitsstätte. Eine Gebühr wird in diesen Fällen nicht erhoben.“

Die betreffenden Arbeiter werden hiermit aufgefordert, sich zum Zwecke der Beschaffung der neuen Arbeiter-Legitimations-Karten auf unserm Meldeamt, Zimmer 3 des Rathauses, **baldest** persönlich einzufinden und die alten Legitimationskarten, so wie ihre sämtlichen **Heimatspapiere** mitzubringen.

Hierbei weisen wir darauf hin, daß diejenigen Arbeiter, welche nicht im Besitze einer Arbeiter-Legitimations-Karte sind, ausgewiesen werden müssen.

Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß jeder mit einer Arbeiter-Legitimations-Karte versehene Arbeiter, sobald er sein Arbeitsverhältnis bei einem Arbeitgeber löst, bzw. bei einem anderen Arbeitgeber eintritt, die Karte zwecks Umschreibung auf dem oben bezeichneten Meldeamt vorzulegen hat.

Kamen, den 12. Januar 1909.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Niederdeutsche Bank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

DORTMUND.

Agentur in Kamen, Weststr. 21,

vertreten durch Herrn Fr. Meyer.

1118

Wir vergüten zur Zeit:

Auf Check-Einlagen **3^{3/4} %**

„ Spar-Einlagen **3^{3/4} %** bei tägl. Kündigung

„ „ **4 %** „ 1/4 jährl. „

„ „ **4^{1/4} %** „ 1/2 jährl. „

„ „ **4^{1/2} %** „ jährl. „

Holz-Versteigerung

Haus- u. Velmede.

Im Forstbistritz Mühlenbraut an der Kamen-Lüner Chaussee soll am **Montag, den 25. d. M., morgens 11 Uhr**, zum Verkauf kommen:

20 Stück Eichen von 50 Zentimtr.

Durchmesser, zu Bauholz;

110 Stück Buchen zu Nutz- und

Brandholz;

50 Raummtr. Buchen- und Eichenstangen.

Löddinghausen, den 15. Januar 1909.

Blödom.

103

Großer Holz-Verkauf.

Dienstag, d. 26. Januar d. J., vormittags 10 Uhr,

sollen im **Heerener Holz „Forstort Hobelweg“:**

Ca. 162 Haufen Eichen-Durchforstungsholz

zu Frechtungs-Pfählen und -Stangen,

sowie zu Brennholz geeignet

öffentlich meistbietend gegen Kredit verkauft werden.

Haus Heeren, den 17. Januar 1909.

Freihrl. v. Bodelschwinge-Plettenberg'sche Rentei.

Schwächliche in der Entwicklung oder beim Lernen zurückbleibende **Kinder**, sowie **blutarme**, sich mattführende und **nervöse**, überarbeitete, leicht erregbare, frühzeitig erschöpfte **Erwachsene** gebrauchen als Kräftigungsmittel mit großem Erfolg **Bioglobin**.

Der **Appetit erwacht**, die **geistigen und körperlichen Kräfte werden rasch gehoben**, das **Gesamt-Nervensystem gestärkt**.

Man verlange jedoch ausdrücklich das **echte**, nach Patentverfahren hergestellte **Bioglobin** und lasse sich keine der vielen Nachahmungen aufreden.



Kamener Musik-Verein.

Direktion: C. Holtschneider.

Am **Sonnabend, den 23. Januar 1909, abends 7^{1/2} Uhr**, im Reinhard'schen Saale

Vereins-Konzert.

Musikalisch Mitwirkende:

Fräulein Elisabeth Diergart aus Düsseldorf.

Paula Wintrath aus Dortmund.

Frau Dr. Luther aus Kamen.

PROGRAMM:

I. Teil:

Chor- und Solisten-Vorträge.

II. Teil:

„Schneewittchen“.

Dramatisiertes Märchen von C. Reinecke.

Preise der Plätze: 1. Platz (nummeriert) 2 Mk., 2. Platz 1 Mk., Schülerkarten 50 Pfg., im Vorverkauf bei den Herren Felting, Meyer und Holtmann, sowie bei den Mitgliedern des Vereins. 1104

Holzverkauf

Rünthe.

Mittwoch, den 27. d. M., morgens 10 Uhr,

läßt Herr Schulze-Weßling in Rünthe, in seiner Waldung an der Kamen-Berner Chaussee, in der Nähe des Landwirts König in Overberge

50 Rm. schöne schwere Buchen und 20 Eichen, auf dem Stamm, bis 2 Fuß Durchmesser, zu Brettern, Bohlen, Bau-, Geschirz- und Brennholz, und **70 Haufen Rottannen und Kiefern-Durchforstungsholz**, zu Leiterbäumen, Frechtungs- und Brennholz öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen.

Heil.

1120

Brüggemann.

Thomas Phosphatmehl

und 1654

Kainit

empfiehlt

C. Römer,
Kamen, Weststraße 23.

la. franz.

Pflaumen

Pfund 45 Pfg.

bei **J. Brombach.**

la. franz.

Ich beschaffe

raschest und verschwiegen

Käufer od. Teilhaber

für hiesige und auswärtige Detail-, Engros- und Fabrik-Geschäfte aller Branchen, Gewerbebetriebe jeder Art, Zins-, Geschäfts-, Fabrik-Grundstücke, Villen, Güter etc. etc. Durch auf meine Kosten in 900 der neuesten Zeitungen ganzjährig erscheinende Reklame stehe ich ständig mit ca. 2500 kapitalkräftigen Reflektanten für Objekte aller Art in Verbindung, daher meine vielen, durch glänzende Anerkennungen nachweisbaren, oft innerhalb 8 Tagen erzielten Erfolge. Meine Bedingungen sind die denkbar besten, von jedermann annehmbar. Verlangen Sie kostenfreien Besuch zwecks Besichtigung und Rücksprache.

E. Kommen, Nachf.,

Köln a./Rh., Kreuzgasse 8, I.

Altes, bestfundiertes Unternehmen mit Bureau in Dresden, Leipzig, Hannover, Köln a./Rh., Karlsruhe i./B. h 7561

Am Samstag, den 23. d. M. ist der Schlachthof wegen Kessel-Reparatur geschlossen.

Die Schlachthof-Verwaltung: Meyer. 117

Felle, Pelze, Pelzgarnituren

reinigt und färbt als Spezialität

Färberei Gallusche

Waschanstalt.
Läden: Kamen, Weststraße 88.
Unna, Massenerstraße 12.

Sofort Geld!

Zurückgelegte Manufakturwaren, Buchst., Konfektion, Schuhwaren, Kurzwaren u. sowie ganze Lager kaufe ich und komme sofort!

Fr. Noritz Weinberg,
Bielefeld. Telefon 971.

Kinderloses Ehepaar sucht zum 1. Februar eine

Wohnung

von 3 Zimmern mit Zubehör. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Zeitung. 107

Kranken-Kasse.

Rückversichert. Vermögen ca. Mk. 200.000. sucht bei hohen Bezügen

Vertreter 119

(evtl. als Nebenberuf). Offert. u. F. St. 4029 an Rudolf Mosse, Düsseldorf.

la. Apfelsinen

Stück 5 Pfg.

empfiehlt **J. Brombach.**

Marktpreise.

Neuf., den 19. Januar 1909.

Produktenbörse.

Weizen 100 Rilo 20,70 18,70
Roggen " " 16,50 15,50
Hafer " " 15,50 14,00
Kartoffeln 50 " 3,00 2,20
Gerst " " 3,40 3,00
Zucker-Heu " " 3,80
Machinenstroh 500 " 14,00
Flegelbruch " " 16,00
Kleien 50 Rilo 5,80

Müßel in Partien
v. 100 Str. 100 66,00
d. fahweise 100 Rilo 68,00
gereinig. Del. " 69,00
Rübölchen 1000 Rilo 109,00
in klein. Part. " 112,00

Druck u. Verlag von C. Wlan in Hörde

Kamener Zeitung

Volkstrend für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Für's Heim“ dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Mr. 9.

Donnerstag den 21. Januar 1909.

37. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Auf der Tagesordnung vom Montag steht der Etat des Reichsjustizamtes, mit dem diesmal die zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats beginnt. — Abg. Wagner (kons.): Wir stehen jetzt im zehnten Jahre des bürgerlichen Reiches. Dieses hat sich bewährt. Aber an einzelnen Stellen wird es doch so bald als möglich abgeändert werden müssen. So u. a. in Bezug auf die Frage des Eigentumsverhältnisses an Maschinen. Weiter muß der Ueberlastung des Reichsgerichts abgeholfen werden. Wie steht es ferner mit der Haftung des Reiches für Versehen seiner Beamten. — Abg. Belzer (Ztr.): Von den im Vorjahre hier erörterten Resolutionen ist leider die eine, der Wunsch nach Neuordnung der Gebühren-Ordnung, noch nicht erfüllt worden. Die Amtsrichter sollte man in höherem Maße schärfen. Ebenso sollte man zu den Schwurgerichten viel mehr Laien aus den unteren Volksschichten heranziehen. Weiter sollte endlich von dem Zeugniszwang gegen Redakteure Abstand genommen werden. Fragen muß ich den Staatssekretär, wie es mit der Reform des Strafrechts steht? Eine kleine Novelle zur Abänderung des Strafgesetzbuches soll ja bevorstehen. Was die Bestrebungen gegen § 175 anlangt, so ist eine auf Aufhebung dieses § gerichtete Petition im Vorjahre einstimmig von dem Reichstage abgelehnt worden. Wir hoffen, daß die Regierung diesem einstimmigen Beschlusse Beachtung schenken werde. Der Eulenburg-Prozess verläuft, so führt Redner schließlich noch aus, daß gerade da die richtigerweise Art aufgefallen sei, mit der Eulenburg behandelt worden sei. Solche Rücksichten pflegen anderen, als Hochgestellten, verweigert zu werden. — Staatssekretär Nieberding: Die Arbeiten an der Strafprozeßordnung sind mit aller Energie gefördert worden. Ich hoffe, die Vorlage dem Hause noch vor Ablauf der Etatsberatung zugehen zu lassen. Es ist nicht richtig, daß gegen den Angeklagten von Eulenburg besondere Rücksicht genommen worden sei! Es sind ihm gegenüber nur Rücksichten genommen worden, damit der Prozess weitergeführt werden könne. Was die große Strafrechtsreform anbelangt, so hoffen wir, im Laufe des Sommers im Besitz des ersten Entwurfs zu sein. Von da bis zur Verabschiedung natürlich noch ein weiter Weg. Um den größten Missetänden abzuwehren, haben wir uns nun zu einer Novelle entschlossen. Dieser Entwurf ist in den letzten Tagen dem Bundesrat zugegangen. Der Ueberlastung des Reichsgerichts muß abgeholfen werden. Aber wie? Ich hoffe, daß wir in absehbarer Zeit zu einer Entscheidung gelangen werden. Eine Verschmelzung der Senate ist jedenfalls ausgeschlossen, denn sie würde, das ist die Ansicht aller Autoritäten, nur die Einheitlichkeit der Rechtsprechung gefährden. — Abg. Heinze (nl.): Mit dem Staatssekretär erkennen wir die Nachteile der Novellengesetzgebung an. Aber im vorliegenden Falle sei die angekündigte Novelle notwendig. Vor allem müssen die Rückfalls-Instanzen geändert, die Strafen abgeschwächt werden. Eine Reform der richterlichen Tätigkeit, eine Entlastung der Richter, ist in der Richtung zu wünschen, daß eine ganze Anzahl von Arbeiten dem Richter abgenommen und an Referendare und Gerichtsschreibern übertragen werden. Ein Wort zum Fall Eulenburg. Wir hegen das Vertrauen zur Justiz, daß sie alles daran setzen werde, diesen Prozess fortzuführen. — Abg. Heine (Soz.): Die Haftung des Reiches für seine Beamten sollte ohne Rücksicht auf Preußen gemacht werden. Die Strafprozeßreform verlangen wir für Deutschland noch für dieses Jahr. Mit der Strafrechtsnovelle an und für sich bin ich einverstanden, denn meine Hoffnung ist nicht groß, daß wir in absehbarer Zeit zur Verabschiedung der gesamten Strafrechtsreform gelangen werden. Die Erhöhung der Verleumdungsstrafen würde nur dahin führen, daß irgend einmal ein vielleicht, nun ich will sagen: tolleriger Richter gegen einen politischen Gegner auf eine Strafe von verrückter Höhe erkennen würde. Mit dem Begriff des „öffentlichen Interesses“ haben wir in der Justizpflege ganz schlechte Erfahrungen gemacht. — Nun zum Prozess Eulenburg. Zur Anlage gegen Eulenburg ist man überhaupt erst geschritten, als man absolut nicht mehr anders konnte. Hier liegt der Kernpunkt der Sache. Und nun kommt die Art der Behandlung Eulenburgs. Da wirft sich von selbst die Frage auf: Verfährt man gegen andere Angeklagte ebenso? — Abg. Ablas (fr. Vpt.): Mit der Kritik des Eulenburg-Prozesses bin ich durchaus einverstanden. Sehr ungehalten sei man

im Volke über den Formalismus in der Rechtsprechung, z. B. bei der Auslegung von Testamenten und Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Behandlung der Zeugen vor Gericht ist so, daß einem die Lust, vor Gericht zu erscheinen, verleidet wird. Redner trug praktische Beispiele vor. — Abg. Schäd (wirtsch. Vgt.) fragt an, wie es mit der Regelung der Frage der Konkurrenzkauf in den Engagementsverträgen von Handelsreisenden stehe. — Staatssekretär Nieberding: Die analoge Frage bezüglich der Verleumdung sei den Regierungen in einer Umfrage unterbreitet worden. Erst wenn die Antworten vorliegen, wird es sich empfehlen, die Frage gemeinsam für Handelsreisenden und Verleumdung zu behandeln und dann dem Reichstage zu unterbreiten. In der öffentlichen Befragung von Zeugen nach Vorfragen müsse ein vorsichtigeres Verfahren Platz greifen. Wo es nicht direkt nötig sei, müsse eine solche Befragung unterbleiben.

Am Dienstag nahm der Reichstag den Handelsvertrag mit El Salvador in dritter Lesung an und setzte dann die Beratung des Justizetats fort. — Abg. Raempe (Ztr. Vpt.) wünschte eine Vereinheitlichung des Rechts bezüglich der Angreifbarkeit von Verleumdungen und fragte, ob Deutschland der Einladung einer von den Niederlanden einberufenen Konferenz behufs internationaler Regelung des Verleumdungsrechts Folge leisten werde. Staatssekretär Nieberding sagte dies zu und lehnte die Antwort auf die andere Frage ab wegen ihrer Schwierigkeit. — Abg. Dr. Jund (nl.) bat, die gesetzliche Regelung der Tarifgemeinschaften nach Kräften zu fördern und gebachte dann des Revolverattentats im Reichsgericht, für dessen Opfer er besondere Hilfe wünschte. Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Vpt.) konstatierte mit lebhafter Verwundung die Abnahme der Verbrechen, die sich aus der Straflosigkeit für 1907 ergibt, und forderte besondere Sorgfalt bei Ausgestaltung der Jugendfürsorge. — Abg. Dr. Jund (nl.) bat, die gesetzliche Erweiterung der Befugnisse der Staatsanwaltschaft, die er die unbedeutendste Behörde Deutschlands nannte. Das führte ihn auch dazu, das Verhalten der Staatsanwaltschaft in konfessionellen und Sittlichkeitsfragen zu geißeln und einige höchst erheiternde Beispiele anzuführen, was alles die Staatsanwaltschaft zur Erhebung einer Anfrage veranlasse. Abg. Dr. Franz (Soz.) kam auf die Ankündigung des Reichsanwalters, betr. Schaffung neuer Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie zu sprechen, und erklärte, daß seine Partei einen frischen, fröhlichen Kampf gern aufnehmen wolle. Nach weiteren, wenig bemerkenswerten Reden wurde der Titel Staatssekretär bewilligt und noch die zweite Lesung der Reichssteuer und die dritte, betr. Preisfeststellung auf Schlachtviehmärkten erledigt.

Abgeordnetenhaus.

Der Präsident erbittet und erhält in der Montagssitzung zunächst die Ermächtigung, dem Kaiser die Glückwünsche des Hauses zum Geburts-tage auszusprechen. Dann begann die erste Lesung des Etats. Abg. v. Rappenheim (kons.) Es sind ernste Aufgaben bei der Etat stellt. Trotzdem wollen wir die Gehälter der Beamten den heutigen Verhältnissen entsprechend normieren. Freilich müssen wir auch auf die anderen Berufsstände Rücksicht nehmen. Für direkte Reichssteuern sind wir nicht zu haben; das Reich ist heute mehr als je auf indirekte Steuern angewiesen. Insbesondere sind wir Gegner einer Reichsnachschlüsselsteuer und einer Erhöhung der Matrimonialabgaben. Vom Kultusministerium sollte die Medizinalabteilung abgetrennt werden. Im Ministerium des Innern bedarf die Polizeiverwaltung einer Reform. Heute hat sie den Charakter einer Wohltätigkeitsanstalt. Die Finanzen bieten ein recht trübes Bild. Die Reformbedürftigkeit des preussischen Landtagswahlrechts wird von meinen politischen Freunden einhellig bezeugt. Dies Haus ist ein Hort der beständigen Arbeit und soll es bleiben. — Abg. Dr. Friedberg (natl.) Die Reichsfinanzreform sei die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Der preussische Etat sei heute nichts als ein Spielball der Willkür des Finanzministers. Auf einen solchen Etat dürfe man keine neuen Steuern bewilligen. Den Ausbau der Wasserstraßen hielten seine Freunde willkommen. Auf die Wahlrechtsfrage wolle er, Redner, jetzt nicht näher eingehen. Auch seine Freunde hielten eine solche Klärung dieser Frage für dringend nötig. Wie stehe es mit der inneren Kolonisation? Im Landwirtschaftsministerium solle man sich bereits auf einen festen Plan geeinigt haben. Redner

fragt, ob dies richtig sei. Sei es wirklich unmöglich, zu einer Eisenbahn-Betriebsmittel-Gemeinschaft zu kommen? Angesichts der enormen Schwankungen unseres Etats sei eine Quotifizierung der Einkommensteuer unerlässlich. — Abg. Freyherr v. Zedlitz (fr. kons.) meint, es sei zwecklos, jetzt die Wahlrechtsfrage zu behandeln, dazu werde bei dem freimüthigen Antrage Zeit und Gelegenheit sein. Mit vielen Äußerungen in der Verwaltung müsse endlich aufgeräumt werden. Die Beamtenbefolgung dürfe nicht schrittweise vorgenommen werden. Die Art und Weise aber, in der zahlreiche Klassen von Beamten sich dem Landtage gegenüber in der Öffentlichkeit benehmen, verdiene scharfen Tadel. Hoffentlich trete aber nach Erledigung der Befolgungsvorlage Ruhe ein. Das Verhältnis Preussens zum Reich bedürfe endlich der Klärung. — Er dankte dem Kanzler, daß er die Spannung zwischen Kaiser und Volk wieder beseitigt habe; es sei nur eine vorübergehende gewesen. — Minister der öffentlichen Arbeiten Breitenbach, erklärt, auch die Eisenbahnverwaltung sei bemüht, zu sparen, wo es angehe. Die Betriebsicherheit dürfe aber darunter nicht leiden. — Hierauf vertagt sich das Haus.

Das Haus setzte am Dienstag die erste Beratung des Etats fort. Abg. Dr. Wiemer (Ztr. Vpt.) führte aus, der Finanzminister habe in seiner Rede wohl etwas Schwarzmalerei getrieben. Der Hauptgrund für die ungünstigen Finanzen seien die enormen Schwankungen der Einnahmestellen. Redner billigte die Erhöhung der Beamtenbefolgung und trat für die Reichsfinanzreform ein, wobei er auch die Heranziehung der direkten Steuern zu den Lasten des Reichs wünschte. Am Verwaltungsapparat könne viel gekürzt werden. Redner beschränkte dann den Fall Schilling, gegen den nicht wegen dienstlicher Versehen, sondern wegen der in seinen Schriften vertretenen liberalen Ansichten das Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Im Regierungskurs sei nicht an allen Stellen Einheitlichkeit vorhanden. Schließlich wünschte Abg. Dr. Wiemer Änderungen des Wahlrechts von Grund aus.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck:

Von allen Rednern ist das Thema der Spar-samkeit berührt worden. Mit neuen Einnahmequellen ist das Thema der Gesundung unserer Finanzen nicht erschöpft. Vor allem gilt es, zur altpreussischen Sparsamkeit zurückzukehren. Auch in der Militärverwaltung gibt es Gelegenheit zu sparen, ebenso in anderen Verwaltungen. Regierung und Parlament müssen hier zusammengehen. Die Parlamente müssen aufhören, auf neue Ausgaben zu drängen. Wir dürfen keine neuen Ausgaben ohne entsprechende Deckung machen. Ich erinnere an meinen Erlaß vom Sommer, worin insbesondere auf die Vereinfachung des Behördenapparats, Verminderung des Schreibwerks, Umbildung des Kassensystems usw. hingewiesen wurde. Wir werden dieser Anregung zur Spar-samkeit der Tat folgen lassen. Abg. v. Rappenheim hat gestern gegen die Nachschlüssel-Stellung genommen. Parteigründungen sollten in solchen Fragen nicht den Ausschlag geben. Wir haben Steuern nötig, die in erster Linie den Besitz treffen. Wir können in unserer gegenwärtigen Notlage an der Nachschlüsselsteuer nicht vorbeigehen. Gegen eine Reichsvermögenssteuer sprechen ernste Gründe staatsrechtlicher Natur. Eine weitere Erhöhung der Matrimonialabgaben ist ebenfalls außerordentlich schwierig für Preußen, noch mehr für die kleinen Bundesstaaten. Bei der Nachschlüsselsteuer soll nicht schematisch vorgegangen werden, sondern den besonderen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Für die Landwirtschaft sind besondere Vergünstigungen vorgesehen. Ueber das Wahlrecht kann ich gegenwärtig nicht mehr sagen, als in der Thronrede angegeben ist. Dem Fall Schilling liegt eine symptomatische Bedeutung nicht bei. Solange ich als Ministerpräsident hier stehe, wird kein liberaler Beamter wegen seiner politischen Gesinnung zur Rechnung gezogen werden. Selbstverständlich muß der Beamte denjenigen Takt zeigen, den seine Stellung erfordert. Natürlich darf ein Beamter sich nicht zur Sozialdemokratie bekennen. Ebenso verlangen wir von einem Beamten, daß er keine gehässige Kritik gegen staatliche Einrichtungen übt. (Sehr richtig! rechts.) Ich lehne jede Einwirkung auf das Verhältnis zwischen Beamten und Vorgesetzten ab. Das ist Sache des Vorgesetzten. Hier entscheidet allein die Staatsraison. Für die Haltung der Beamten ist der Erlaß des Fürsten Bismarck noch in Geltung, in dem es heißt, daß sie die Politik der Regierung unterstützen und fördern müssen. Leider ist es dem Kultusminister Solle noch nicht gelungen, seine durch die Amtsführung angegriffene Gesundheit wiederherzustellen. Der König hat sich nicht entschließen können, das Ministeramt des Ministers anzunehmen. Sollte eine Wiederherstellung bis zum Frühjahr nicht erfolgt sein, so wird eine Neubesezung des Kultusministeriums stattfinden. Was meine Ansicht

über die Stellung des Monarchen betrifft, so habe ich keine Veranlassung, meine im Reichstag dargelegte Auffassung und mein Verhalten zu rechtfertigen. Ich halte es für die Pflicht des Reichskanzlers, den Träger der Krone zu deden. Dieser Pflicht habe ich mich niemals entzogen. Ich habe früher im Reichstag erklärt, daß, wenn ich die Verantwortlichkeit für die Neuerungen des Monarchen nicht mehr tragen kann, ich Seine Majestät bitten würde, mich von meinem Amte zu entheben. Seitdem habe ich alles getan, was meine Pflicht war, um den Träger der Krone vor Mißverständnissen zu schützen. Als der Artikel im Daily Telegraph erschien, habe ich nicht gezögert, die Schuld auf mich zu nehmen. Ich habe dafür zu sorgen, daß nicht Zweifelhaft entsteht zwischen dem Träger der Krone und dem Volk. Ich habe dafür zu sorgen, daß die historische Stellung der Krone nicht aufs Spiel gesetzt wird. Jeder ehrliche Monarchist muß anerkennen, daß ich in den schweren Novembertagen als Rohlfisch in Uebereinstimmung mit dem Ministerium gehandelt habe. In dem Vertrauen zwischen Fürst und Volk beruht unsere Zukunft. Der Vorwurf, daß die Regierung nicht energisch genug gegen die Sozialdemokratie vorgehe, ist unbegründet. Die Versuche zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind gescheitert an der Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien. Ein Vorgehen mit gesetzgeberischen und polizeilichen Mitteln ist kein Alibi; vor allem muß die Regierung in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie unterstützt werden. Dazu gehört auch, daß die bürgerlichen Parteien Maß halten in der Kritik gegen die Regierung. In Bezug auf die schuldige Treue und Ehrfurcht gegen den Thron ist in den letzten zwei Jahren fürstlich genügt worden. Leider kann man beobachten, wie Gerüchtelei, Lüge und Falschheit besonders in den oberen Ständen zugenommen haben. Wir sollten begreifen, wie einfach es zu leben, damit die Söhne behalten, was sie von den Vätern ererbt haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Zentr.) betonte, daß durch die stets wachsenden Reichssteuern die Reichsfreudigkeit nicht erhöht werde und wünsche, daß die indirekten Steuern dem Reiche, die direkten den Einzelstaaten belassen werden. Redner begrüßte die Förderung des gewerblichen Schulwesens und erklärte, der konfessionelle Charakter der Volksschule müsse gewahrt werden. — Abg. Dr. Bagnide (fr. Vgt.) führte aus, es sei gut gewesen, daß das Novemberwetter einbrach, aber auch gut, daß es wieder schnell aufhörte. Redner wünschte eine baldige Wahlreform, bekämpfte die Bevorzugung des Adels bei der Besetzung diplomatischer Stellen und trat für Quotifizierung der Einkommensteuer, eine richtige Finanzreform, die den Besitz stärker heranzieht und für die Ausdehnung der Fachschulprüfung ein. — Minister v. Moltke erklärte, seit dem vorigen Jahre sei eifrig an der Reorganisation der Verwaltung gearbeitet worden. Vor allem sei beabsichtigt, eine Vereinfachung des bürokratischen Geschäftsganges, eine Vereinfachung der behördlichen Organisation, eine Vereinfachung und Verbesserung der Verwaltung durch anderweitige Verteilung der Dienstgeschäfte, sowie eine Reform der Landratsämter. Zur Durchführung dieser Pläne erbittet er die wohlwollende Mitwirkung des Hauses. Hierauf wurde das Haus vertagt.

Der französische Dreadnought-Typ.

In Toulon ist das erste der sechs auf dem Flottenprogramm der Republik stehenden großen Linienfahrzeuge von 18,350 Tonnen Displacement, der „Voltaire“, vom Stapel gelaufen. Es ist bemerkenswert, daß schon jetzt in der französischen Presse auf dem neuen Schiffsbauprogramm abfällige Kritik geübt und auf die Vorzüge der entsprechenden englischen Schiffsklasse verwiesen wird. So berichtigt der Temps die weiterverbreitete Anschauung, daß der „Voltaire“ dem englischen „Dreadnought“ in allen wichtigen Punkten gleichgeartet sein werde. Wohl seien die „Dreadnought“-Ideen bei dem Gesamtplan des „Voltaire“ richtiggehend gewiesen, als deren bedeutsamste der Turbinenbetrieb und der Schutz gegen Torpillenexplosionen hervorzuheben wären. Indessen ein Hauptprinzip der „Dreadnought“, die Einheitlichkeit der schweren Artillerie, werde beim „Voltaire“, welcher Geschütze von 30,5 und 24 Zentimeter Kaliber erhält, keine Anwendung finden. Auch stehe die Bewpanzerung des „Voltaire“ hinter der des „Dreadnought“ zurück. Die sehr wichtige Frage, ob man das sogenannte Dreadnought-Voltaire-Programm des Marineministers Thomson ohne einschneidende Änderungen durchführen und wirklich noch fünf Panzerschiffe gleich diesem „Voltaire“ konstruieren solle, gehört mit zu denen, die gegenwärtig zwischen den Ministern Clemenceau, Picard und Caillaux so lebhaft erörtert werden.

Förderung des Gewerbes.

Unter Leitung des Ministers für Handel und Gewerbe tagte in Berlin die allgemeine Versammlung des ständigen Beirats für das gewerbliche Unterrichtswesen und die Gewerbeverbesserung. Einmütigkeit herrschte über die Wichtigkeit der Weiterentwicklung der Berufsbildungsschule. Die Gewerbetreibenden bei der Verlegung des Fortbildungsinstituts in die Tagesstunden auf die Besondere der einzelnen Gewerbegebiete Rücksicht zu nehmen. Gegen die Angliederung der Lehrwerkstätten an die Fortbildungsschulen (Parasitenlehre) wurde angeführt, dass die Lehrer der Lehrmeister werden dadurch erschwert werden. Der Minister erklärte, Staatsmittel seien für diesen Zweck gegenwärtig nicht verfügbar, dagegen werde er Versuchen einzelner Stadtgemeinden ihren Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammlung stimmte den bezüglich der Meisterkurse getroffenen Einrichtungen zu, auch der weitgehenden Gewährung von Stipendien an die Teilnehmer, da diese die Kosten zu tragen meist nicht imstande sind. Angeregt wurde, die Kunstgewerblichen besten Arbeiten von Handwerks- und Kunstgewerbeschülern an sämtlichen einschlägigen Schulen umlaufen zu lassen und zu Wanderausstellungen zu vereinigen. Da der Besuch der Handwerkschulen im Winter sehr stark zunimmt, wird an der Errichtung der „Winterlehrer“ festgehalten.

Wieder ein Kolonialfall.

Nach einem Bericht der „Frankf. Stz.“ ist dem früheren Offizier und Polizeibeamten Rabe, der aus Wunsch des damaligen Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika Anfang 1900 hinübergegangen war, übel mitgespielt worden. Die Überhebung einzelner Juristen gegenüber den anderen Kolonialbeamten scheint dabei eine besondere Rolle gespielt zu haben; auch verdächtige man es Rabe, dass er seine Mißbilligung des starken Alkoholgenusses gewisser Herren zu erkennen gab und über eine grobe Ausschreitung eines Kolonialvorlesers ein amtliches Protokoll aufnahm. Man wies Rabe, der mit seiner Frau und einem weißen Dienstmädchen nach dem Schutzgebiet gekommen war, als erste Dienstwohnung eine frühere Gefängniszelle nebst Speisekammer an. Dann aber wurde eine unannehmliche Anzeige, wonach Rabe für die Verrichtung seiner Wohnung und eines Gartens fälschliches Polizeibrief ohne Vergütung verwendet habe, der Ausgangspunkt für eine förmliche Verfolgung des inzwischen schwer erkrankten Mannes durch tödliche Vernehmungen und Verschlagnahmen. Der bekannte, im vorigen Jahre aus Südwest zurückberufene Assessor Behndt versuchte sogar mit allen Mitteln die vom Arzte verlangte Heimreise Rabs zu verhindern. Bei der Ankunft des Ehepaares in Hamburg wurde in späterer Nacht Rabe das Gesicht nach angeblich verschleppten Altze durchsucht. Schließlich wurde noch der Polizei in Wiesbaden, dem Kurortenthalt Rabs, dessen Verhaftung für den Fall, daß er die Kaiser-Wilhelm-Anstalt verlassen sollte, zugemutet. — Wir haben an hohen Kolonialfällen wahrhaftig so viel gehabt, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts mit aller Kraft auf die Vermeidung weiterer Vorgänge hinwirken sollte.

Ein französischer Kolonialredner in Berlin.

Der französische Deputierte, Joseph Chaillon, sprach in einem von der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstalteten Vortrage über Frankreich und seine Eingeborenenpolitik. Redner besprach die beiden von Frankreich angewandten Verfahren bei der Kolonisation. Das erste, was er als System der Gleichstellung, Systeme d'Assimilation, bezeichnete, gehe von dem Grundsatz aus, daß alle Menschen gleich seien und dieselben Rechte haben. Dies System könne gut sein, wenn die Anzahl der Eingeborenen beschränkt sei; es könne aber gefährlich werden, wenn die Zahl der Eingeborenen die der Bevölkerung des Mutterlandes erreicht oder übersteigt. Das zweite Verfahren, welches Redner das System der Anpassung, Systeme d'Association, nannte, bestehe darin, die Eingeborenen zu erziehen und ihnen nach und nach unsere Ideen zugänglich zu machen. Redner rühmte das von Richelieu angewandte Kolonisationsverfahren, welches darin bestand, die Söhne einer Familie in überseeische Länder zu schicken und dadurch eine Art Neu-Frankreich zu schaffen. Redner nannte dies die große Kolonisation, die er auch Deutschland empfehle. Was Deutschland nötig habe seien Absatzgebiete für Industrie und Handel und Absatzgebiete für Auswanderer, die Rohstoffe hervorbringen, die dann im Mutterlande bearbeitet werden, um sie zu exportieren. Redner stellte den jungen deutschen Angestellten, die er in den Kolonien getroffen habe, großes Lob aus; sie seien intelligent und eifrig. Der Vortrag des Redners fand großen Beifall. Der Präsident der Kolonialgesellschaft, Erzelenz von Solleben, dankte dem Redner und fügte hinzu, die Kolonialpolitik, die eine Solidarität zwischen den einzelnen Völkern schaffe, sei geeignet, eine Annäherung unter ihnen herbeizuführen.

Deutschland.

— Aus Anlaß des bevorstehenden Besuchs der Reichshauptstadt durch König Eduard von England hat der Kaiser den Oberbürgermeister Richter und die Herren der magistratischen Ausschauungskommission zu sich gebeten, um mit ihnen über die Maßnahmen zum Empfang des Königs zu sprechen. Der Kaiser hat dabei den Wunsch geäußert, daß die Ausgestaltung der Einzugsstraße möglichst farbenprächtig sein möge; und daß für diejenigen, die zum Empfang des Königs erscheinen, mit Rücksicht auf ihre Gesundheit ein Zelt gebaut wird. Ferner sollen die Herren nicht mehr wie früher im Prad erscheinen, sondern zum Schutze gegen die rauhe Witterung mit Ueberziehern versehen sein und nicht mit entblößtem

Kopf während der Rede des Oberbürgermeisters hassen. Endlich sollen auch die Damen mit warmen Sachen versehen sein. — Die Anordnung des Monarchen ist sehr erfreulich. Namentlich, daß die Herren während der Rede des Oberbürgermeisters den Hut auf dem Kopf behalten dürfen, wird ihnen — im Monat Februar — sehr angenehm sein. Aus der Veröffentlichung ist nicht ersichtlich, ob Herr Richter auch von dieser Vergünstigung Gebrauch machen darf, oder als einziger sich der Gefahr einer Erkältung aussetzen muß.

— Das Kronprinzenpaar hat wie bereits gemeldet, die Sammlung für die bei Niederböhmen verunglückten abgelehnt. Dazu erzählt die „Ztg. Rundschau“ von einer hochherzigen Handlung der Kronprinzessin. Wie die Verhältnisse liegen, verfügte sie nicht frei über große Summen. Sie verkaufte daher einen wertvollen Schmuck an einen Berliner Juwelier für 25000 Mk. und schickte den Erlös der Sammlung zu.

— (Statistik vom Ordensfeste.) Die Zahl der bei dem Ordensfeste verliehenen Orden und Ehrenzeichen übersteigt wieder die der Vorjahre. Es sind im ganzen 3959 Orden und Ehrenzeichen verliehen worden gegen 3821 im Jahre 1900, 3585 im Jahre 1901, 2849 im Jahre 1902, 2904 im Jahre 1903 und 2849 im Jahre 1904. Die Zunahme der diesjährigen Ordensverleihungen ist hauptsächlich durch die höhere Zahl der verteilten roten Adlerorden dritter Klasse, Kronenorden zweiter und vierter Klasse und der Allgemeinen Ehrenzeichen hervorgerufen.

— (Wie steht es mit der Sparbarkeit?) Im Etat für das Kultusministerium findet sich ein neuer Posten von 5000 Mk. als Entschädigung für ein Absteigequartier des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg im Hotel Fürstenhof. Diese Ausgabe wird nach Ansicht der Regierung dadurch nötig, daß der Oberpräsident des Provinzialparlamentes an dessen Sitzungen teilnimmt, die höchstens dreimal im Jahre stattfinden. Denn hierin besteht der einzige Zusammenhang dieses Beamten mit dem Kultusetat. „Wenn nun“, schreibt die „Post. Stz.“ mit vollem Recht, „bei diesen Sitzungen ein Absteigequartier im Hotel tatsächlich nötig ist — was immerhin noch recht zweifelhaft erscheint — so sollte doch eine jedesmalige Entschädigung von etwa 20 Mk. ausreichen.“ Für diese Summe ließe sich unseres Erachtens ein durchaus geeignetes Absteigequartier auch für einen Oberpräsidenten für einige Stunden des Tages beschaffen. Das aber ergäbe immerhin erst einen Betrag von 600 Mk. jährlich. Man darf wohl annehmen, daß in der Budgetkommission des Landtages über diesen Posten um Aufklärung ersucht wird, die dann hoffentlich zu einer wesentlichen Herabsetzung führt.“ In das Zeitalter der Mädel zur altpreussischen Sparbarkeit paßt die Forderung nicht.

— (Das 25 Pfennig-Preiswettbewerb.) Das Preisgericht, das über die Entwürfe für ein neues Gänsewangenpfeifenmuseum entschieden sollte, hat am 16. d. M. getagt. Es erhielten den ersten Preis mit 2000 Mk. August Häcker in Bödingen (Württemberg), den zweiten Preis mit 1500 Mk. Hugo Kaufmann in Berlin und den dritten Preis mit 1000 Mk. A. Kraumann in Frankfurt a. M.

— (Luftschiffer-Übungen mit dem Zepelin-Ballon.) Von der Versuchskompanie des Luftschifferbataillons in Reindorf werden sich ein Feldwebel und sieben Mann, darunter drei Chausseure und vier Seiler, nach Friedrichshafen begeben, um sich mit der Handhabung des Zepelinschen Luftschiffes vertraut zu machen. Ferner sind Hauptmann von Jena, sechs Unteroffiziere und 65 Mann des Luftschifferbataillons angewiesen worden; sich zur Abfahrt nach Friedrichshafen bereit zu halten.

— Zum preussischen Gemeindebeamtenstag. Über dessen Abhaltung wird berichtet, hatten sich u. a. eingefunden als Vertreter des Ministers des Innern, Geh. Oberregierungsrat Dr. Peters, ferner die Landtagsabg. Oberbürgermeister Dr. Saarmann (Witten), August Wolff-Biebrich, Frick, Radow-Danzig (nationalist.), Obersekretär Wollkowsky-Danzig (konserv.), Lütke-Spandau (freikonserv.), Dr. Dortmund, Buch, Bruck-Buer Westf. (Zentrum), Gleich (süddeutsche Volksp.), Pippmann-Stettin (Folk. b. d. Freie. Verein.).

Zum Schluß des Tages sprachen noch die Abgeordneten Dr. Saarmann-Witten und Wolff-Biebrich ihren Dank für die Einladung zugleich im Namen der übrigen Abgeordneten aus und versicherten, daß die gesamten Wünsche der Gemeindebeamten auf das sorgfältigste geprüft werden würden. Der Vorsitzende, Herr Steinhilber, dankte den Herren für die rege Teilnahme an den Beratungen.

Alsdann gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Der heute in Berlin zusammengetretene preussische Gemeindebeamtenstag beschließt: in Würdigung der von den Referenten erstatteten Berichte über die dienstlichen, rechtlichen und Verordnungsverhältnisse der preussischen Gemeindebeamten und in der Erwägung, daß an die Gemeindebeamten gleiche dienstliche Anforderungen gestellt werden, wie an die unmittelbaren Staatsbeamten, sowie ferner, daß sie unter der fortschreitenden Vertierung der Lebenshaltung ebenfalls schwer leiden, an die hohe königliche Staatsregierung und die beiden hohen Häuser des Landtags die Bitte zu richten, eine Verbesserung der Lage der preussischen Gemeindebeamten in Ansehung an die Verordnungsform für die unmittelbaren Staatsbeamten, Volkslehrer und Geistlichen herbeizuführen und auf die Beteiligung der kommunalbeamteten für die Gemeindebeamten vorhandenen öffentlichen Mängel hinzuwirken. — Als Vertreter des Provinzialverbandes Westfalen nahmen 14 Herren (von Hörde Herr Gegenwärtiger Langhoff und von Kirchhörde Herr Amtsekretär Stein) an den Beratungen teil.

— (Die Simultanfische in Württemberg.) Die württembergische Zweite Kammer hat nach dreitägiger Beratung den Antrag ihrer Kommission auf fakultative Einführung der Simultanfische, von wenigstens 300 Familienältern diese wünschen, mit 46 gegen 36

Stimmen der Volkspartei und der deutschen Partei abgelehnt. Noch weitergehende Anträge im Sinne der Einführung der Simultanfische wurden gleichfalls abgelehnt. Angenommen wurde ein Vortrag der Regierung, der die bisherige Praxis gesetzlich festlegt, nach der die Mittelschulen und Hilfsschulen der konfessionellen Mehrheit von Kindern der Angehörigen der Minderheitskonfession solange besucht werden können, als für sie solche Schulanstalten im Orte nicht ebenfalls getroffen sind.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

— (Gefährliche Offiziere.) In Stuhlweissenburg griffen mehrere ungarische Offiziere Passanten mit der blanken Waffe an und feuerten mehrere Revolvergeschosse ab. Unter anderem beschossen sie auf das Palais der Fürstin Windischgrätz. Eine ganze Anzahl Scheiben wurden zertrümmert. Die Fürstin, die sich gerade in dem Zimmer befand, in das geschossen worden war, blieb unverletzt.

Frankreich.

— (Neue Desertionen aus der Fremdenlegion.) 12 Soldaten vom 2. Fremdenregiment desertierten mit Waffen, Munition und sonstiger Ausrüstung. Die Desertoren flüchteten in südwestlicher Richtung und folgten ins Guat. Sie durchkreuzten das Gebiet, welches die Kolonne Mexiko passiert hatte und entkamen 100 Kilometer. Dann riefen die Flüchtlinge von Eingeborenen angeleitet, die sofort den französischen Posten zu Dronk benachrichtigten. Die Desertoren sind ausschließlich Deutsche.

— (Der Spionage beschuldigt.) Im Bahnhof von Paris wurde ein Mann verhaftet, namens Gilbert, der aus Paris de Dame stammt. Er steht unter dem Verdacht, Spionage betreiben zu haben und soll einem deutschen Marineoffizier Mitteilungen über die im Dock von Toulon befindlichen Schiffe gemacht haben.

— Das Standbild der Republik in Orleans ist in der Nacht verunreinigt worden. Der rechte Arm wurde zertrümmert, desgleichen der glockige Helm. Der Kopf des Standbildes war mit einem Nachtgeschirr bedeckt und die üppigen Teile der Statue mit roter Farbe bemalt. Am Fuß war die Aufschrift des Artikels 445 angebracht. Es ist dies eine Anspielung auf das Glaubuch, das vom Kassationshof in Anwendung gebracht worden war, um die Dreifach-Angelegenheit zu beendigen. Es ist das dritte Mal, daß das Standbild in der Weise beschädigt und beschmutzt worden ist.

Schweiz.

— Die Schweizer Boykottbewegung gegen Deutschland macht, einem Telegramm des Gelais aus Bern zufolge, schnelle Fortschritte. Man hofft auf eine baldige Einigung mit Deutschland. Der Schweizerische Bundesrat wartet auf den neuen französischen Zolltarif, und will nicht gleichzeitig einen Zollkrieg mit Deutschland und Frankreich beginnen. Sollte ein Zollkrieg mit Frankreich eintreten, so würde die Schweiz aus der lateinischen Münzunion ausgetreten.

Schweden.

— Sven Hedin, der in Stockholm eingetroffen ist, wurde dort am Sonntag vom König in Audienz empfangen und mit dem Großkreuz des Nordsternordens ausgezeichnet. Bei seiner Landung wurde der Forscher von den Spitzen der Behörden und Vertretern geleiteter Gesellschaften mit königlichen Ehren empfangen und von einer zahlreichen Menge begeistert begrüßt.

China.

— Das Reformwerk in China scheint durch Yuan-shi-kais Entlassung nicht gefährdet zu sein. Der englische Gesandte Jordan und der amerikanische Gesandte Rothill geben ihrer Genehmigung über den Empfang Ausdruck, der ihrer Mission am Sonnabend seitens des Prinzen Tsching zuteil geworden ist. Der Prinz empfing sie in dem Gaste, in dem sie kamen, als Vertreter zweier befreundeter Mächte und gab den Vorstellungen der Gesandten achtungsvoll Gehör. Sie fragten im Namen ihrer Regierungen an, ob die Entlassung Yuan-shi-kais eine Veränderung in der chinesischen Politik bedeute. Prinz Tsching gab ihnen darauf antwortend die Versicherung, daß dies nicht der Fall sein werde. — Dem Vernehmen nach ist die durch den Sturz Yuan-shi-kais geschaffene Schwierigkeit der internationalen Lage damit beendet.

Amerika.

— Das neue Marineprogramm umfaßt 2 Minenschiffe von 26000 Tonnen, 5 Torpedobootsverbörer, 4 Unterseeker und 4 Kohlschiffe. Die Armierung der beiden Minenschiffe wird aus 12 30 cm-Geschützen bestehen, von denen 4 gleichzeitig nach vorn und nach hinten wirken können.

— Präsident Roosevelt hat gegen den Vorschlag eines Belohnungsprozesses gegen den Verursacher der Panamakanal-Entscheidung über den Rücklauf des Panamaals angefragt.

Westfalen u. Rheinland.

— Essen, 19. Jan. (Zotischlag.) In der Nacht zum 18. d. Mts., 11 Uhr 45 Minuten wurde auf der Oberdorfstraße der Arbeiter Heinrich Schmitz, Mittelstraße 32, von mehreren Personen durch Schläge auf den Kopf schwer verletzt und ist an den erhaltenen Verletzungen gegen 5 Uhr morgens verstorben, obgleich der Verletzte durch die Polizei sofort in ärztliche Behandlung gegeben worden war. Als Täter wurden festgenommen der Fuhrmann Julius Kranz und der Bergmann Franz Walter.

— Duisburg, 19. Jan. Unter harten Anträgen des Publikums fand hier die Verhandlung gegen den Rechtsanwalt und Notar Herrn. Baur aus Oberhausen statt. Der Angeklagte ist gebürtig in den Jahren 1904 bis 1905 in amtlicher Eigenschaft 14200 Mk. die er von seinen Mandanten als Stempelgelber, oder zur Lösung von Hypotheken erhalten hatte, für sich verwendet zu haben. Außerdem machte ihn die Firma Warchner u. Co. aus dem Zusam-

menbruch der Firma Gerh. Terlinde für 30000 Mark regresspflichtig. Die Firma drohte ihm mit Klage zum Offenbarungseid, was ihn schließlich zu den Unrechlichkeiten getrieben hat. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen 3 Fälle der Amtsunterstellung mit Rücksicht auf die schwierige Situation, durch die er zu seinen Verurteilungen gedrängt wurde, zu insgesamt 10 Monaten Gefängnis von denen 4 Monate durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten.

Aus aller Welt.

— Verhaftung mit dem Scheinwerfer. Unter abenteuerlichen Umständen wurde Montag nacht ein Dieb in den Werken der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin verhaftet. Aus den Räumen des Werkes verschwanden schon seit einiger Zeit auf rätselhafter Weise Zinkblöcke von beträchtlichem Gewicht. Nach Lage der Sache konnte nur ein Hausdieb in Betracht kommen, aber es gelang nicht, ihn zu überführen. Deshalb entschloß sich der Hausverwalter Müller, die Räume durch einen jungen Mann ohne Unterbrechung bewachen zu lassen. Montag Nacht hörte dieser Wächter, der sich im Zinklageraum versteckt hatte, Tritte auf dem Hofe. Bald darauf wurde die Tür aufgeschloßen, und herein trat ein Mann, der so gut wie blind war, daß er auch im Dunkeln einige Zinkblöcke entwinden konnte. In diesem Augenblick trat der Wächter in Aktion; er richtete einen eigens zu diesem Zweck mitgebrachten Scheinwerfer auf den Dieb und erkannte in ihm einen im vergangenen Sommer entlassenen Förster Erich Riez. Die Aufforderung, die Hände hoch zu halten, beantwortete der Dieb damit, daß er, nachdem der Scheinwerfer auf ihn angeleitet hatte, gleichfalls einen Revolver aus der Tasche zog. Zum Glück kam er jedoch nicht. Der Wächter drehte schnell das Licht aus und rief durch einen Schuß in die Luft den Hausverwalter herbei. Der Erriapier ergriff die Flucht, lief aber dem Hausverwalter in die Arme. Riez wurde der Kriminalpolizei zugeführt.

— Mit zwei Pistolen hat sich gestern früh in einem Hotel in Berlin ein 23 Jahre alter Student der Medizin Kurt Spindler aus Tübingen erschossen. Das Motiv der Tat ist bisher nicht bekannt.

— Die Verhaftung des Röverder Kassenräuber. Den unablässigen Bemühungen der Röverder Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, in der Person des achtunddreißigjährigen Schlossers Max Tornow aus der Middelheimerstraße zu Röverd das Haupt einer Bande von Einbrechern und Schlern zu verhaften, die bereits seit Monaten durch ihre Raubzüge Röverd und seine Umgebung beunruhigt hat. Vor allem ist es auf Grund eines erschütternden Beweismaterials gelungen, Tornow, der noch immer leugnet, des Raubes in der Steierische II der Röverder Stadtkasse zu überführen. Es ist festgestellt worden, daß der am Orte der Tat zurückgelassene Stechbeutel aus einem von Tornow verübten Einbruchsdiebstahl in der Bahnhofstraße herührt; auch wurden in der Wohnung der mit Tornow gleichzeitig verhafteten Witwe Buchwalb, seiner Geliebten, noch ganze Rollen von Zwei- und Einpfennigsstücken sowie mehrere Siegestaler beschlagnahmt, die der Dieb erbeutet hatte. Das vorzüglich gearbeitete „Schränkchen“, das in Tornows Wohnung gefunden wurde, paßte genau zu den an Bullen und Schränken der Stadtkasse vorgefundenen Spuren von früherer Gewalt. Tornow, der vielfach vorbestraft ist, hatte, abgegeben von seiner mit ihm festgenommenen „Braut“ und deren ebenfalls verhafteten Freundin, mehrere Komplizen, von denen ein gewisser Fritz Schulz seit Tornows Verhaftung verschwunden ist.

— Beim Schlittschuhlaufen auf dem Grunewaldsee ertranken ist der 24-jährige Forstreferendar Kraas. Sein Bruder und eine Dame konnten gerettet werden.

— Breslau erreichte in der ersten Hälfte des Januar 1/2 Million Einwohner. Es ist somit die zweitgrößte Stadt Preußens und die sechsgroße Stadt Deutschlands.

— Auf dem Krugschachte in Königshütte stürzten gewaltige Gesteinsmassen ab. Der Fährdrabig aus Cöln wurde verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Mehrere andere Bergleute erlitten erhebliche Verletzungen.

— Großes Aufsehen erregt in Weiden die Verhaftung des Lehrers Poppenheit und des Händlers Friße wegen fortgesetzter Verbrechen gegen den § 175.

— In der Küche eines Lehrhauses in Rinn (Wals) entstand ein Brand. Der verurteilte Rauch drang auch in den Oberboden, wo sich die Schüler befanden. Der Lehrer wurde alsbald von dem Brande benachrichtigt, worauf er in seine Wohnung eilte. Dies war das Signal für die Schüler, sich in Sicherheit zu bringen und zu flüchten. Es entstand ein furchtbares Gedränge. Einzelne sprangen aus den Fenstern, um sich aus den vermeintlichen Flammen zu retten. Ein Duzend trug dabei Verletzungen davon.

— Im Walde von St. Cloud fand der Parkwächter Breton einen mit blutbesetzten Kleidungsstücken eines kleinen Mädchens gefüllten Koffer, der gleichzeitig eine Kinderphotographie enthielt. Man vermutet einen Lustmord. Die Polizei forscht eifrig, leider bisher ohne Erfolg nach dem Täter.

— Die Hochstaplerin Miß Viola Charlesworth, die mit dem Betrage ihrer Millionenerbschaft gungläubige Leute um Hunderttausende betrogen hat und dann plötzlich verschwunden ist, scheint jetzt endlich entdeckt zu sein. Sie ist in Oban, in einem kleinen Hotel, wo sonst nur Temperenzler absteigen, von der Polizei auffindig gemacht worden. Bisher leugnete sie noch mit Miß Viola Charlesworth identisch zu sein, aber ihre Identität ist durch einen Vergleich mit früheren in Oban aufgenommenen und noch vorhandenen Photographien außer Zweifel.

— Erdbebenfischer: Hä! Hä! Das Pariser Journal berichtet aus New York: Die Regierung habe beschlossen, die Summe von 2 1/2 Millionen Dollar für die Beschäftigten der Erdbebenstationen zur Errichtung von Erdbebenfischen Säufern an der Meeresküste von Messina zu bewilligen.

la.
fest. v.
Regit.
g. ho.
D.
Dort.
Rat.
zu T.
M.
9
1
er
4

— Plattenartige Schuttmasse. — Wenn
— Plattenen werden hat der Scher Otto Spiegel
ausgeführt, indem er seinen plattenen sprech-
den kleinen Schülern und Schülern zur Be-
arbeitung einen niederbreitenden Stoffantrieb gab.
Leinwand.